

Ist die EU bei Innovation und Investitionen auf Kurs?

Eine Zwischenbilanz der Draghi-Agenda

September 2026

- Der Draghi-Bericht stellte im September 2024 Europas Produktivitätsproblem in den Mittelpunkt der Wettbewerbsfähigkeitsdebatte. Zwei Jahre später geht es nicht mehr um die Diagnose, sondern um erste Ergebnisse. Lassen sich bei Innovation und Investitionen – zwei zentralen Treibern von Produktivität und Wachstum – bereits Fortschritte erkennen?
- Die verfügbaren Daten liefern bislang keine Hinweise auf eine breite Produktivitätswende. Die Arbeitsproduktivität und die totale Faktorproduktivität entwickeln sich in der EU schwächer als in den USA. Der von Draghi beschriebene Produktivitätsabstand bleibt damit bestehen.
- Die europäische Innovationsdynamik verbessert sich vor allem bei der Nutzung neuer Technologien, nicht jedoch bei ihren strukturellen Grundlagen. Die Anwendung von Künstlicher Intelligenz, Cloud-Diensten und Datenanalysen nimmt deutlich zu. Bei Risikokapital, Kommerzialisierung und Skalierung innovativer Unternehmen zeigen die verfügbaren Daten bislang noch keine breiteren Fortschritte, auch wenn die jüngst angestoßene Start-up- und Scale-up-Strategie sowie neue Finanzierungsinstrumente künftig positive Impulse setzen könnten.
- Bei den Investitionen bleibt die Lücke zwischen Bedarf und tatsächlicher Dynamik groß. Trotz steigender öffentlicher Investitionen hat sich die Investitionsquote der EU seit Veröffentlichung des Draghi-Berichts kaum verändert. Ein breiter Hochlauf privater Investitionen, der den Anforderungen von Digitalisierung, Dekarbonisierung, Resilienz und Verteidigung gerecht wird, ist bislang nicht erkennbar.
- Seit dem Draghi-Bericht wurden auf EU-Ebene neue Ansätze zur Finanzierung innovativer Unternehmen, zur Mobilisierung privaten Kapitals und zur Förderung strategischer Technologien angestoßen. Die Mitgliedstaaten ergänzten dies durch Investitionsprogramme, steuerliche Anreize und innovationspolitische Maßnahmen. Vieles ist jedoch noch in der Umsetzung.
- Vor diesem Hintergrund müssen die Rahmenbedingungen für Innovation und Investitionen spürbar verbessert werden. Von entscheidender Bedeutung sind die Mobilisierung privater Investitionen, Fortschritte beim Binnenmarkt und bei den Kapitalmärkten sowie bessere Bedingungen für die Kommerzialisierung und Skalierung von Innovationen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Ausgangslage, Fokus und Vorgehen	3
Der Draghi-Bericht als Ausgangspunkt der Untersuchung	3
Innovation und Investitionen als zentrale Hebel der Wettbewerbsfähigkeit.....	4
Europäische Trends, nationale Unterschiede und sektorale Dynamiken	4
Produktivität und Wachstum als Ausgangslage.....	5
Keine Produktivitätswende auf EU-Ebene	5
Unterschiedliche Entwicklungen in den großen Mitgliedstaaten	6
Innovationsentwicklung seit dem Draghi-Bericht	8
Die Innovationslücke als Ausgangspunkt.....	8
Begrenzte Fortschritte bei den Innovationsressourcen.....	9
Gemischtes Bild bei Innovationsleistung und Skalierung	12
Zwischenfazit: Kein breiter Innovationsschub erkennbar.....	16
Investitionsentwicklung seit dem Draghi-Bericht.....	17
Der Investitionsbedarf bleibt hoch	17
Kein breiter Investitionshochlauf erkennbar	18
Punktueller Fortschritt bei produktiven Investitionen.....	20
Zwischenfazit: Einzelne Fortschritte ohne Investitionsschub	21
Politische Umsetzung auf EU- und Mitgliedstaatenebene	21
Neue Impulse für Innovation und Skalierung auf EU-Ebene	21
Neue Ansätze zur Mobilisierung von Investitionen auf EU-Ebene	22
Unterschiedliche Wege zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten.....	23
Die Umsetzung bleibt die größte Herausforderung.....	26
Gesamtbewertung und politische Schlussfolgerungen.....	26
Quellen	28
Impressum	30

Einleitung: Ausgangslage, Fokus und Vorgehen

Der Draghi-Bericht als Ausgangspunkt der Untersuchung

Der Draghi-Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vom September 2024 hat die Schwächen des europäischen Wachstumsmodells klar benannt. Seit Beginn der 2000er Jahre hat sich der wirtschaftliche Abstand der EU zu den USA vergrößert: Die Lücke beim realen BIP stieg laut Draghi von etwas mehr als 15 Prozent im Jahr 2002 auf rund 30 Prozent im Jahr 2023; kaufkraftbereinigt entstand im selben Zeitraum eine Lücke von zwölf Prozent. Auch beim Pro-Kopf-Einkommen bleibt der Abstand erheblich. Rund 70 Prozent der Pro-Kopf-BIP-Lücke zu den USA erklärt Draghi durch niedrigere Produktivität in der EU. Die Wettbewerbsfähigkeitsfrage ist damit im Kern eine Frage der Fähigkeit, Produktivität in der EU dauerhaft zu erhöhen (Draghi 2024).

Diese Produktivitätsschwäche muss in ein Umfeld eingeordnet werden, in dem mehrere frühere Wachstumsvoraussetzungen weniger tragen: dynamischer Welthandel, günstige Energie, demografische Expansion und die sicherheitspolitische Friedensdividende. Gleichzeitig muss Europa hohe Investitionen für Digitalisierung, Dekarbonisierung, Resilienz, strategische Autonomie und Verteidigung finanzieren. Draghi bezifferte den zusätzlichen jährlichen Investitionsbedarf zunächst auf rund 750 bis 800 Milliarden Euro. Neuere EZB-Schätzungen, die insbesondere höhere Verteidigungsbedarfe nach den jüngsten NATO-Beschlüssen berücksichtigen, kommen inzwischen auf strategische Ausgabenbedarfe von knapp 1,2 Billionen Euro pro Jahr. Davon entfallen laut der EZB rund 500 Milliarden Euro auf öffentliche und rund 700 Milliarden Euro auf private Finanzierung, wobei die gestiegenen Verteidigungsausgaben den öffentlichen Finanzierungsbedarf deutlich erhöhen (EZB 2025).

Seit Draghi hat die europäische Wettbewerbsfähigkeitsagenda deutlich an politischer Priorität gewonnen. Auf EU-Ebene wurden strategische Rahmensetzungen, Gesetzgebungsvorschläge und erste Finanzierungs- bzw. Umsetzungsansätze angestoßen, etwa im Umfeld von industrieller Transformation, regulatorischer Vereinfachung, Innovations- und Start-up-Finanzierung, KI- und Digitalinfrastrukturen, Kapitalmarktintegration, Verteidigung und EU-Haushalt. Der Schritt von politischer Rahmensetzung zu verbindlicher Umsetzung und messbarer wirtschaftlicher Wirkung ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Viele Vorhaben befinden sich weiterhin in der Strategie-, Gesetzgebungs- oder frühen Umsetzungsphase; zudem hängen zentrale Hebel von Entscheidungen der Mitgliedstaaten ab, etwa bei öffentlichen Investitionen, Genehmigungsverfahren, Energieinfrastruktur, Steuer- und Förderbedingungen sowie Bildungs- und Fachkräftepolitik. Damit bleibt offen, ob die neue politische Dynamik bereits zu substantziellen Veränderungen bei Innovation, Investitionen und Produktivität führt oder zunächst vor allem eine Neuausrichtung der wirtschaftspolitischen Agenda markiert.

Rund zwei Jahre nach dem Draghi-Bericht steht daher nicht mehr allein die Diagnose im Vordergrund, sondern die Frage, ob die angestoßene Wettbewerbsfähigkeitsagenda bereits in Umsetzung und messbare wirtschaftliche Wirkung übergeht. Innovation und produktive Investitionen als zwei zentrale Säulen der europäischen Produktivitäts- und Wettbewerbsfähigkeitsagenda stehen im Folgenden im Vordergrund. Wir untersuchen, ob sich in diesen Bereichen bereits Anzeichen für Fortschritte zeigen, welchen Beitrag politische Maßnahmen auf EU- und Mitgliedstaatenebene leisten und inwieweit die bisherigen Entwicklungen auf eine nachhaltige Stärkung des europäischen Wachstumspotenzials hindeuten.

Innovation und Investitionen als zentrale Hebel der Wettbewerbsfähigkeit

Innovation und produktive Investitionen stehen im Zentrum dieses Papiers, weil sie zwei zentrale Ansatzpunkte sind, um Europas Produktivitätsproblem im Rahmen der breiteren Wettbewerbsfähigkeitsagenda zu adressieren. Der Draghi-Bericht verbindet Europas Produktivitätsschwäche insbesondere mit der schwächeren Nutzung von digitalen Technologien, einer statischeren Industriestruktur, Schwierigkeiten bei der Kommerzialisierung von Forschung und der begrenzten Skalierung innovativer Unternehmen (Draghi 2024). Auch die EZB führt die Produktivitätslücke gegenüber den USA auf mehrere strukturelle Faktoren zurück: Geringere Kapitalvertiefung seit der Finanzkrise, eine stärkere Spezialisierung europäischer Frontier-Unternehmen auf reifere *Mid-Tech*-Sektoren, langsamere Technologiediffusion sowie niedrigere private Investitionen, insbesondere in Forschung, digitale Innovation und digitale Nutzung (de Guindos 2024).

Innovation wird dabei nicht allein an Forschungsausgaben oder Patentaktivitäten gemessen, sondern daran, ob neues Wissen wirtschaftlichen Nutzen erzeugt. Draghi sieht eine zentrale Schwäche Europas weniger in fehlender Forschung als in der unzureichenden Kommerzialisierung und Skalierung von Innovationen: Europa verfüge über viele talentierte Forschende und Unternehmer sowie eine relevante Patentbasis, scheitere aber häufig an der nächsten Stufe, also der Übersetzung von Innovation in marktfähige Anwendungen und wachsende Unternehmen (Draghi 2024). Die EZB verweist ergänzend auf sinkende Unternehmensgründungsraten, *Winner-takes-all*-Dynamiken neuer Technologien, eine langsame Technologiediffusion in die Breite der Wirtschaft sowie regulatorische und institutionelle Komplexität als Faktoren, die Produktivitätswachstum, Unternehmensdynamik und Skalierung in Europa bremsen können (de Guindos 2024).

Investitionen in produktive Kapazitäten bilden den zweiten Schwerpunkt. Technologische Erneuerung wirkt erst dann breiter auf Produktivität und Wachstum, wenn sie in Unternehmen angewendet, skaliert und im Kapitalstock verankert wird. Dazu gehören Investitionen in digitale Technologien und KI-Anwendungen, Ausrüstung, Software, Daten, immaterielle Vermögenswerte sowie in Infrastruktur, Energie und europäische öffentliche Güter. Draghi verweist darauf, dass die europäischen Investitionen deutlich steigen müssen, um Digitalisierung, Dekarbonisierung und Verteidigungsfähigkeit zu finanzieren. Die EZB betont in ihrer aktualisierten Einschätzung, dass die Finanzierung der grünen, digitalen und verteidigungsbezogenen Transformation eine mehrgleisige Strategie erfordert, die private und öffentliche Mittel sowie nationale und europäische Instrumente verbindet; selbst unter optimistischen Annahmen bleibe eine öffentliche Finanzierungslücke von mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr bestehen (Draghi 2024; EZB 2025).

Der Fokus auf Innovation und Investitionen blendet andere Elemente der Wettbewerbsfähigkeitsagenda nicht aus. Binnenmarktintegration, Kapitalmarktunion, Energiepreise, Genehmigungsverfahren, Regulierung, Fachkräftepolitik und die Koordination zwischen EU- und Mitgliedstaatenbene sind vielmehr zentrale Rahmenbedingungen dafür, ob Innovation entsteht und Investitionen tatsächlich stattfinden. Sie werden im Folgenden nicht als eigenständige Politikfelder umfassend bewertet, sondern dort einbezogen, wo sie für Europas Innovationsfähigkeit und Investitionsbedingungen besonders relevant sind.

Europäische Trends, nationale Unterschiede und sektorale Dynamiken

In dieser Zwischenbilanz werden verfügbare Indikatoren und aktuelle Analysen ausgewertet, um einzuordnen, ob sich seit dem Draghi-Bericht bei Innovation und Investitionen bereits erkennbare Fortschritte zeigen. Dabei steht nicht eine kausale Wirkungsanalyse einzelner Maßnahmen im

Vordergrund, sondern eine empirisch gestützte Einordnung von Trends, Umsetzungsschritten und offenen Lücken.

Die Analyse beginnt mit der wirtschaftlichen Ausgangslage und ordnet die Entwicklung von Wachstum und Produktivität in der EU sowie in ausgewählten großen Mitgliedstaaten ein. Anschließend werden das Innovationsgeschehen und das Investitionsgeschehen getrennt betrachtet, weil beide Bereiche unterschiedliche Indikatoren, Dynamiken und politische Hebel aufweisen. Wo die Datenlage es erlaubt, werden sektorale Unterschiede berücksichtigt, etwa zwischen etablierten Industrien, digitalen Aktivitäten und weiteren technologieintensiven Bereichen.

Politische Maßnahmen auf EU- und Mitgliedstaatenebene werden entsprechend eingeordnet. Ziel ist keine vollständige Bewertung der gesamten Wettbewerbsfähigkeitsagenda, sondern eine realistische Bestandsaufnahme: Es wird herausgearbeitet, wo es Hinweise auf Fortschritte bei Innovation und Investitionen gibt, wo die Befunde uneindeutig bleiben und wo es noch zu früh ist, um belastbare Wirkungen auf Produktivität und Wachstumspotenzial festzustellen.

Produktivität und Wachstum als Ausgangslage

Keine Produktivitätswende auf EU-Ebene

Die wirtschaftliche Ausgangslage für eine Zwischenbilanz der europäischen Wettbewerbsfähigkeitsagenda bleibt verhalten. Zwar expandierte die europäische Wirtschaft 2025 moderat, mit einem Wachstum von 1,5 Prozent in der EU und 1,4 Prozent im Euroraum. Für 2026 erwarten wir jedoch nur ein reales Wachstum von rund ein Prozent in der EU und 0,8 Prozent im Euroraum. Damit bleibt Europa im internationalen Vergleich hinter wichtigen Wettbewerbern zurück: Für die USA rechnen wir 2026 mit zwei Prozent Wachstum, für China mit 4,6 Prozent. Auch gemessen am von der Europäischen Kommission geschätzten Potenzialwachstum der EU von rund 1,3 Prozent bleibt der Wachstumsausblick gedämpft (BDI 2026, Europäische Kommission 2026a).

Der aktuelle *Annual Single Market and Competitiveness Report 2026* der Europäischen Kommission ergänzt diesen makroökonomischen Befund um eine breitere Bestandsaufnahme der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Von 29 betrachteten Schlüsselindikatoren verbessern sich lediglich sechs klar, während sich ebenfalls sechs verschlechtern, 15 weitgehend unverändert bleiben und für zwei noch keine zweite Beobachtung vorliegt. Dieser Befund ist als Momentaufnahme zu verstehen: Viele Kennzahlen beziehen sich auf 2024 oder frühe Datenstände aus 2025 und erlauben daher noch keine abschließende Bewertung der seit dem Draghi-Bericht angestoßenen Agenda. Gleichwohl zeigt der Bericht, dass sich in den verfügbaren Ergebnisindikatoren bislang noch keine breite Verbesserung abzeichnet. Das gilt für mehrere Bereiche, die für die weitere Analyse relevant sind, etwa Forschungs- und Entwicklungsausgaben, private Investitionen, Venture-Capital-Finanzierung und Produktivität. Für die Einordnung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ist die Produktivität dabei besonders aussagekräftig, weil sie zeigt, ob sich Innovation, Kapitalbildung und technologische Anwendung bereits in höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit niederschlagen.

Der Abstand zu den Vereinigten Staaten zeigt sich zunächst im Produktivitätsniveau. Die Europäische Kommission (2026b) beziffert die Arbeitsproduktivität der EU, gemessen als BIP je Arbeitsstunde in Kaufkraftparitäten, für 2024 auf 78,5 Prozent des US-Niveaus. Dieser Wert beschreibt die Größenordnung der bestehenden Lücke und verdeutlicht, wie groß der Abstand bleibt, an dem die Wettbewerbsfähigkeitsagenda ansetzt.

Für unsere Zwischenbilanz ist vor allem wichtig, ob sich am aktuellen Rand eine stärkere Produktivitätsdynamik abzeichnet. Nach den Daten des Conference Board dürfte die Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde in der EU-27 im Jahr 2025 nur um 0,4 Prozent steigen, nach ebenfalls 0,4 Prozent im Jahr 2024. Für die USA erwartet das Conference Board dagegen einen Zuwachs von 1,6 Prozent im Jahr 2025, nach 1,8 Prozent im Jahr 2024. Die europäische Produktivitätsdynamik dürfte damit auch 2025 deutlich schwächer ausgefallen sein als in den USA (Conference Board 2025, Tabelle 2).

Auch die Entwicklung der totalen Faktorproduktivität liefert bislang keinen Hinweis auf eine breitere Verbesserung. Sie erfasst den Teil des Wachstums, der nicht auf einen höheren Arbeits- oder Kapitaleinsatz zurückzuführen ist, sondern auf Effizienzgewinne bei der Nutzung der eingesetzten Produktionsfaktoren. Nach den Berechnungen des Conference Board ging die totale Faktorproduktivität in der EU-27 im Jahr 2024 um 0,4 Prozent zurück; für 2025 wird ein weiterer Rückgang um 0,3 Prozent erwartet. In den USA nahm sie 2024 dagegen um 1,1 Prozent zu und dürfte 2025 um weitere 0,6 Prozent steigen. Der Abstand in der Arbeitsproduktivität wird damit am aktuellen Rand von einer deutlich unterschiedlichen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz begleitet (Conference Board 2025, Tabelle 13).

Insgesamt lassen die verfügbaren Daten somit bislang keine produktivitätsgetriebene Trendwende in der EU erkennen. Sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die totale Faktorproduktivität entwickeln sich schwächer als in den USA. Der moderate Wachstumspfad geht daher bisher nicht mit einer nachhaltigen Stärkung des europäischen Wachstumspotenzials einher.

Hinter dem europäischen Gesamtbild stehen allerdings unterschiedliche Entwicklungen in den großen Mitgliedstaaten. Im folgenden Unterkapitel ordnen wir vergleichend ein, welche Rolle Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien für die aktuelle Wachstums- und Produktivitätsentwicklung in Europa spielen.

Unterschiedliche Entwicklungen in den großen Mitgliedstaaten

Besonders deutlich unterscheiden sich die vier großen Mitgliedstaaten bei der aktuellen Wachstumsdynamik. Spanien wuchs 2025 mit 2,8 Prozent erheblich stärker als Frankreich mit 0,8 Prozent, Italien mit 0,5 Prozent und Deutschland mit 0,2 Prozent. Auch 2026 dürfte Spanien mit einem von uns erwarteten Wachstum von knapp zwei Prozent die dynamischste der vier Volkswirtschaften bleiben. Für Deutschland rechnen wir mit einem Prozent, für Frankreich mit 0,5 Prozent und für Italien mit 0,3 Prozent (Europäische Kommission 2026a; BDI 2026a, b).

Bei der Arbeitsproduktivität ergibt sich ein weniger eindeutiges Bild als beim Wachstum. Die Angaben des Conference Board schwanken auf Länderebene teilweise erheblich; zudem beruhen die Werte für 2025 noch auf Schätzungen. Dies zeigt sich besonders in Spanien: Nach Zuwächsen von 0,6 Prozent im Jahr 2023 und 1,2 Prozent im Jahr 2024 erwartet das Conference Board für 2025 einen Rückgang der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde um 0,7 Prozent. In Deutschland und Frankreich bewegte sich die Arbeitsproduktivität 2024 und 2025 weitgehend um die Nulllinie, während sie in Italien in beiden Jahren zurückging. Am aktuellen Rand liefert der Vergleich damit noch keinen Hinweis auf eine breite und gefestigte Verbesserung der Produktivitätsdynamik in den vier großen EU-Volkswirtschaften und kein Aufholen im Vergleich zu den USA (Conference Board 2025, Tabelle 6).

Ein ähnlicher Befund ergibt sich für die totale Faktorproduktivität. In Deutschland ging sie 2024 um 0,9 Prozent zurück; für 2025 erwartet das Conference Board ein Minus von 0,6 Prozent. Für Frankreich werden Rückgänge von 0,4 bzw. 0,7 Prozent und für Italien von 1,5 bzw. 1,2 Prozent ausgewiesen. Spanien verzeichnete 2024 einen Zuwachs von einem Prozent, für 2025 wird jedoch ein Rückgang um

0,6 Prozent erwartet. Die schwache Entwicklung der Arbeitsproduktivität geht in Deutschland, Frankreich und Italien somit mit rückläufiger totaler Faktorproduktivität einher. Spanien hebt sich 2024 positiv ab. Für 2025 zeichnet die Schätzung des Conference Board jedoch auch für Spanien wieder ein schwächeres Bild (Conference Board 2025, Tabelle 14). Abbildung 1 ordnet die nationalen Werte in den Vergleich mit der EU-27 und den USA ein.

Abbildung 1: Totale Faktorproduktivität in der EU, den vier großen Mitgliedstaaten und den USA
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, 2024 und 2025

Land/Region	TFP 2024	TFP 2025, Schätzung
EU-27	-0,4 %	-0,3 %
Deutschland	-0,9 %	-0,6 %
Frankreich	-0,4 %	-0,7 %
Italien	-1,5 %	-1,2 %
Spanien	1,0 %	-0,6 %
USA	1,1 %	0,6 %

Quelle: The Conference Board (2025), Tabellen 13 und 14



Die etwas günstigere spanische Entwicklung ist vor dem Hintergrund eines kräftigen, vor allem von der Binnennachfrage und dem Beschäftigungsaufbau getragenen Wachstums zu sehen. Die Zuwanderung trug wesentlich zur Ausweitung des Arbeitskräfteangebots und zum Beschäftigungsaufbau bei (IWF 2026a, Europäische Kommission 2026c). Auch die Investitionen haben sich erholt. Die Bruttoanlageinvestitionen erreichten bereits 2023 wieder ihr Vorpandemieniveau, unterstützt durch die Umsetzung des spanischen Aufbau- und Resilienzplans (Europäische Kommission 2026c). Ob sich diese günstigeren Entwicklungen dauerhaft in höheren Produktivitätszuwächsen niederschlagen, ist noch offen. Der IWF bewertet das spanische Produktivitätswachstum zwar günstiger als vor der Pandemie, weist aber darauf hin, dass die Belebung noch jung ist. Zugleich bestehen deutliche Rückstände bei den Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen der Unternehmen sowie bei der Skalierung junger Wachstumsunternehmen fort (IWF 2026a, 2025).

In Deutschland, Frankreich und Italien ist eine vergleichbare Belebung bislang nicht erkennbar. In Deutschland fällt die schwache Produktivitätsentwicklung mit einer länger anhaltenden industriellen Schwäche, bis Anfang 2026 schwachen Exporten und zunehmendem Wettbewerbsdruck in wichtigen Exportbranchen zusammen (Sachverständigenrat 2026, Deutsche Bundesbank 2026). Auch in Frankreich ist bislang keine stärkere Produktivitätsdynamik erkennbar. Zwar legten die Investitionen zuletzt leicht zu, die anhaltend hohe wirtschaftliche und politische Unsicherheit erschwert jedoch eine breitere Belebung. Zugleich begrenzen die angespannte Haushaltslage und der notwendige Konsolidierungskurs den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum (Europäische Kommission 2026a, d). In Italien wurde die wirtschaftliche Aktivität durch Investitionen gestützt, darunter durch Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität. Die Europäische Kommission (2025e) verweist jedoch auf längerfristige Produktivitätshemmnisse wie die kleinteilige Unternehmensstruktur, die Spezialisierung auf traditionelle und

weniger wertschöpfungsintensive Wirtschaftszweige sowie geringe Forschungs- und Innovationsinvestitionen.

Damit differenziert die Länderbetrachtung den verhaltenen EU-Befund, ohne ihn grundlegend zu verändern. Spanien zeigt erste positive Ansätze, deren Dauerhaftigkeit noch offen ist. In Deutschland, Frankreich und Italien zeichnet sich bislang keine vergleichbare Entwicklung ab. Zugleich machen die Länderbeispiele deutlich, dass sich Investitionsimpulse weder automatisch noch kurzfristig in höheren gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächsen niederschlagen. Das war auch so rasch nicht zu erwarten. Die Übertragung öffentlicher Investitionsimpulse auf Produktivität dürfte ohnehin nur mittelfristig zu erwarten sein, während eine durchgreifende Belebung der privaten Investitionstätigkeit bislang noch nicht zustande kommen konnte, aus den oben erwähnten konjunkturellen wie strukturellen Gründen. Erst mit der sich abzeichnenden Erholung der Exportkonjunktur und ggf. mit breiteren Anpassungen in der Außenwirtschaftspolitik zur Abfederung des zweiten Chinaschocks könnten die Auftriebskräfte im Laufe der nächsten beiden Jahre im Euroraum wieder Überhand gewinnen und die eng an Ausrüstungsinvestitionen gekoppelte Produktivitätsentwicklung stärken. Entscheidend ist, ob die Investitionen mit technologischer Erneuerung, einer breiteren Anwendung von Innovationen und dem Wachstum produktiver Unternehmen verbunden sind.

Knapp zwei Jahre nach dem Draghi-Bericht lässt sich daher noch keine breite Produktivitätswende feststellen. Für eine belastbare Bewertung fehlen zudem längere Zeitreihen und weitere Beobachtungen aus der Umsetzungsphase; einige der jüngsten Produktivitätswerte beruhen noch auf Schätzungen. Die folgenden Kapitel untersuchen deshalb, ob sich bei Innovation und produktiven Investitionen bereits Entwicklungen abzeichnen, aus denen künftig stärkere Produktivitätszuwächse entstehen können.

Innovationsentwicklung seit dem Draghi-Bericht

Die Innovationslücke als Ausgangspunkt

Der Draghi-Bericht identifiziert die Innovationslücke gegenüber den USA und zunehmend auch gegenüber China als eine der zentralen Herausforderungen für die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Europa müsse seine Anstrengungen insbesondere bei fortgeschrittenen Technologien deutlich stärker auf die Schließung dieser Innovationslücke ausrichten. Zugleich verweist der Bericht darauf, dass Europa die digitale Revolution weitgehend verpasst habe und die EU bei mehreren der Technologien, die das künftige Wachstum prägen dürften, eine schwache Position einnehme. So stammten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung lediglich vier der weltweit 50 größten Technologieunternehmen aus Europa. Vor diesem Hintergrund wird Innovation im Draghi-Bericht als ein zentrales Handlungsfeld zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit eingeordnet (Draghi 2024).

Nach der Diagnose Draghis liegt Europas Schwäche dabei weniger in der Erzeugung von Wissen als in dessen wirtschaftlicher Nutzung. Der Bericht betont, dass es Europa nicht an Ideen oder Ambitionen mangle und über viele talentierte Forschende und Unternehmer verfüge. Gleichzeitig gelinge es der EU häufig nicht, wissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Fortschritte in gleichem Maße wie die USA in wirtschaftlichen Erfolg umzusetzen. Die zentrale Herausforderung bestehe daher darin, Innovationen erfolgreich zu kommerzialisieren und neue Technologien in marktfähige Anwendungen, Unternehmen und Geschäftsmodelle zu überführen. Die Innovationslücke wird damit nicht primär als Forschungsproblem verstanden, sondern als Herausforderung entlang der gesamten Innovationskette von der Wissensgenerierung bis zur Marktanwendung (Draghi 2024).

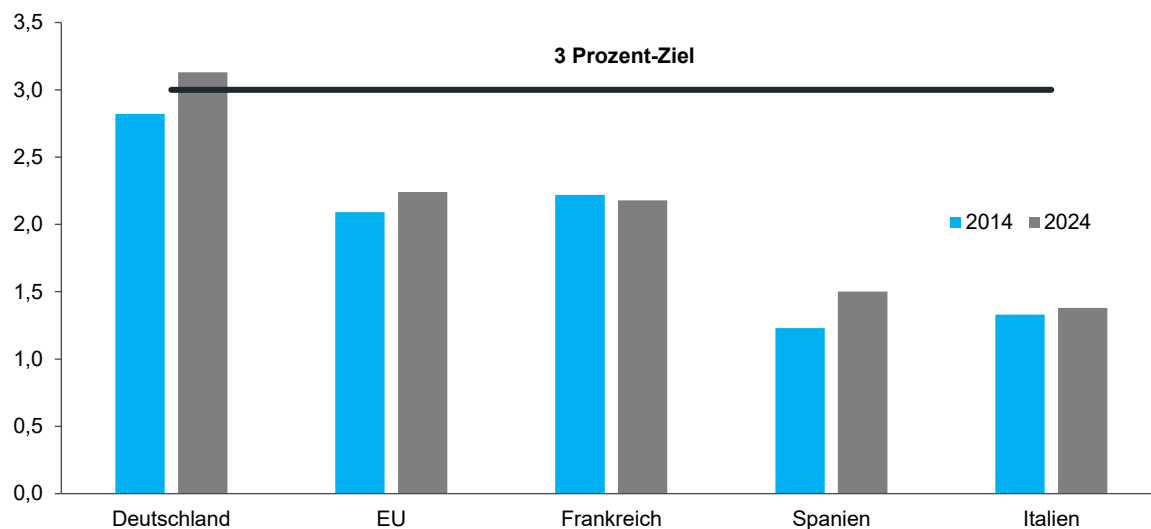
Diese Sichtweise wird auch durch den Heitor-Bericht gestützt. Der Bericht unterstreicht die Bedeutung von Forschung und Innovation für Europas langfristige Wettbewerbsfähigkeit und betont, dass wissenschaftliche Exzellenz allein nicht ausreicht, um im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu sein. Forschung, technologische Entwicklung, Innovation und wirtschaftliche Anwendung werden vielmehr als eng miteinander verbundene Bestandteile eines durchgängigen Innovationsprozesses verstanden. Wettbewerbsfähigkeit hängt demnach entscheidend davon ab, wie erfolgreich neues Wissen entlang dieser Innovationskette in wirtschaftliche Wertschöpfung übersetzt werden kann (Heitor 2025).

Die Analysen von Draghi und Heitor legen nahe, die europäische Innovationsfähigkeit entlang der gesamten Innovationskette zu betrachten. Für eine Zwischenbilanz der europäischen Wettbewerbsfähigkeitsagenda stellt sich daher die Frage, ob sich seit Veröffentlichung des Draghi-Berichts bereits Fortschritte erkennen lassen. Im Folgenden werden zunächst die Innovationsressourcen und anschließend Fortschritte bei Innovationsoutput, Unternehmensskalierung und Technologieanwendung untersucht.

Begrenzte Fortschritte bei den Innovationsressourcen

Die verfügbaren Daten zeichnen zunächst ein Bild weitgehender Kontinuität bei den Forschungsinvestitionen. Die FuE-Intensität der EU lag 2024 bei rund 2,2 Prozent des BIP und damit nahezu auf dem Niveau der Vorjahre. Gleichzeitig blieb sie deutlich unter dem europäischen Zielwert, die FuE-Ausgaben bis 2030 auf drei Prozent des BIP zu steigern. Über den gesamten Zeitraum von 2014 bis 2024 erhöhte sich die FuE-Intensität der EU lediglich um 0,1 Prozentpunkte (Eurostat 2025a). Im *Annual Single Market and Competitiveness Report 2026* führt die Europäische Kommission die FuE-Intensität entsprechend nicht unter den Wettbewerbsfähigkeitsindikatoren mit einer klar positiven Entwicklung auf. Die bislang verfügbaren Daten beschreiben damit vor allem die Ausgangslage, mit der Europa in die Umsetzung seiner Wettbewerbsfähigkeitsagenda gestartet ist und liefern keine Hinweise auf eine deutliche Beschleunigung der Forschungsintensität.

Die aggregierten EU-Daten verdecken zudem erhebliche Unterschiede zwischen den großen Mitgliedstaaten. Während Deutschland mit einer FuE-Intensität von 3,1 Prozent des BIP weiterhin über dem europäischen Referenzwert liegt, erreichen Frankreich, Spanien und insbesondere Italien deutlich niedrigere Werte. Abbildung 2 ordnet die Position der vier großen Volkswirtschaften im Vergleich zum EU-Durchschnitt und zum europäischen Drei-Prozent-Ziel ein.

Abbildung 2: FuE-Intensität* in der EU und den vier großen Mitgliedstaaten, 2014 und 2024

*FuE-Ausgaben in Prozent des BIP

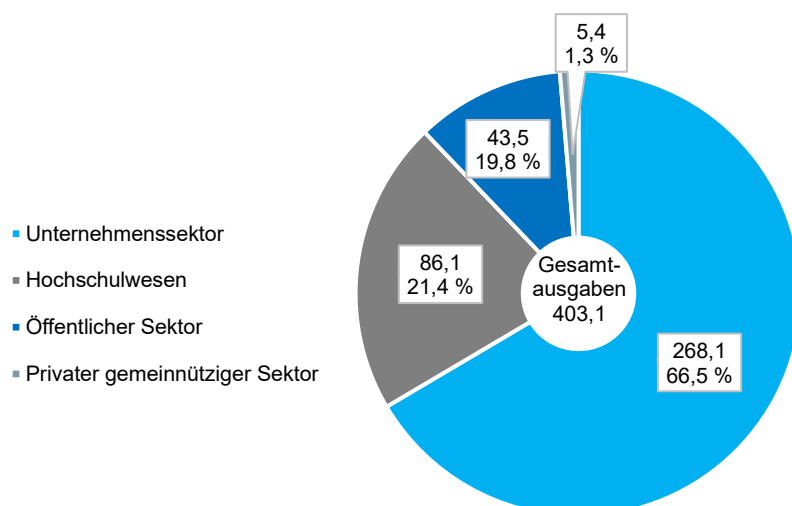
Quelle: Eurostat (2025a)



Ein Blick auf die Träger der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen verdeutlicht die zentrale Rolle der Unternehmen im europäischen Innovationssystem. Im Jahr 2024 entfielen 66,5 Prozent der gesamten FuE-Ausgaben in der EU auf Unternehmen, während Hochschulen 21,4 Prozent und staatliche Einrichtungen 10,8 Prozent beitrugen (Eurostat 2025a; siehe Abbildung 3). Für die weitere Entwicklung der europäischen Innovationsfähigkeit kommt den Forschungs- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen daher eine zentrale Bedeutung zu.

Abbildung 3: Zusammensetzung der FuE-Ausgaben in der EU, 2024

FuE-Ausgaben nach Sektoren, in Milliarden Euro und Anteil an den gesamten FuE-Ausgaben

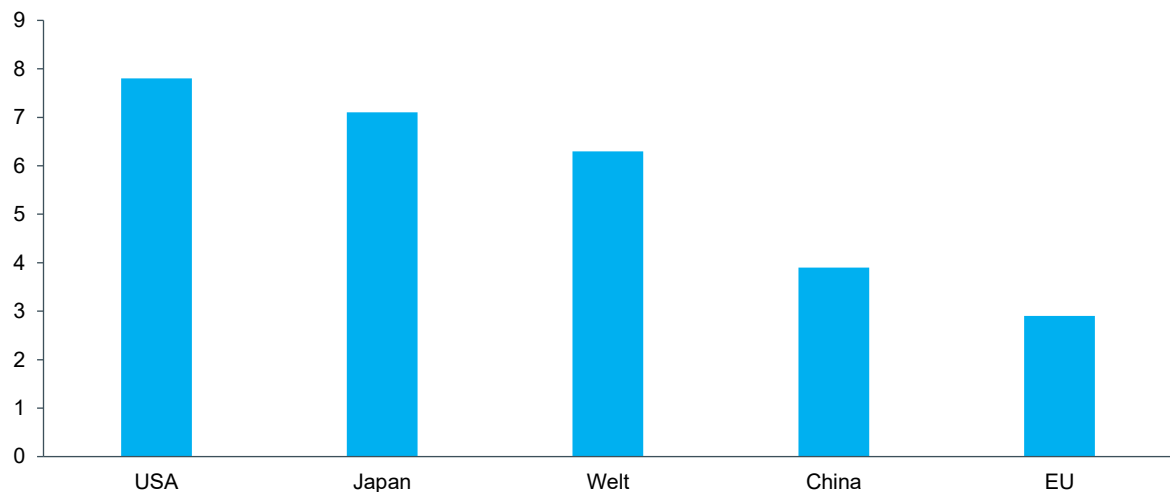


Quelle: Eurostat (2025a)



Umso problematischer ist, dass sich die Forschungsinvestitionen großer Unternehmen zuletzt nur vergleichsweise verhalten entwickelten. Nach dem *Industrial R&D Investment Scoreboard 2025* erhöhten die weltweit größten europäischen Unternehmen ihre FuE-Ausgaben 2024 nominal um 2,9 Prozent. Die Dynamik fiel damit deutlich geringer aus als in den USA, wo die entsprechenden Ausgaben um 7,8 Prozent zunahmen, und blieb auch hinter China (+ 3,9 %) zurück (siehe Abbildung 4). Für die EU stellt dies zugleich die niedrigste Wachstumsrate der Unternehmens-FuE seit dem Ende der Pandemie dar. Besonders aufschlussreich ist die sektorale Verteilung der Forschungsinvestitionen. Die stärkste Dynamik zeigten die Bereiche Energie (+ 19,8 %), Gesundheit (+ 13,0 %) sowie Luft- und Raumfahrt beziehungsweise Verteidigung (+ 4,8 %). Damit konzentrierte sich das Wachstum der Forschungsinvestitionen vor allem auf Sektoren, die im Zuge von Dekarbonisierung, Resilienz und Sicherheit an strategischer Bedeutung gewonnen haben. Dagegen fiel das Wachstum der Forschungsinvestitionen im Automobilsektor mit 0,8 Prozent deutlich geringer aus; auch in Teilen der digitalen Wirtschaft blieb die Dynamik hinter den Entwicklungen in den führenden Wachstumsbereichen zurück (Europäische Kommission 2025a).

Abbildung 4: Wachstum der FuE-Ausgaben* großer Unternehmen nach Regionen, 2024



*Veränderung gegenüber dem Vorjahr, nominal, in Prozent

Quellen: Europäische Kommission / Joint Research Centre (JRC), The 2025 EU Industrial R&D Investment Scoreboard



Die Forschungs- und Investitionsanstrengungen bilden jedoch nur einen Teil der Innovationsbasis. Für die von Draghi hervorgehobene Fähigkeit Europas, Innovationen erfolgreich zu kommerzialisieren und zu skalieren, spielen darüber hinaus qualifizierte Fachkräfte und ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten eine zentrale Rolle. Auch knapp zwei Jahre nach Veröffentlichung des Draghi-Berichts verweist die Europäische Kommission (2026b) dabei weiterhin auf Arbeitskräfte- und Qualifikationsengpässe als Herausforderung für Europas Fähigkeit, Innovationen hervorzubringen und zu skalieren. Fast 80 Prozent der Unternehmen nennen sie als Hindernis für Investitionen und Wachstum. Zwar erhöhte sich der Anteil der Bevölkerung mit grundlegenden digitalen Kompetenzen von rund 56 Prozent auf etwa 60 Prozent, gleichzeitig blieb Europa damit jedoch weiterhin deutlich unter dem EU-Zielwert von 80 Prozent bis 2030. Auch die Verfügbarkeit hochqualifizierter IKT-Fachkräfte wird weiterhin als unzureichend bewertet (Europäische Kommission 2026b, 2025b). Die verfügbaren Befunde sprechen damit eher für graduelle Verbesserungen in einigen Bereichen als für eine bereits erkennbare grundlegende Stärkung der personellen Innovationsressourcen.

Auch bei der Finanzierung innovativer Unternehmen sind bislang nur begrenzte Fortschritte erkennbar. Die Mobilisierung von Risiko- und Wachstumskapital zählt zu den zentralen Anliegen der europäischen Wettbewerbsfähigkeitsagenda. Die *Venture-Capital*-Investitionen beliefen sich sowohl 2023 als auch 2024 auf lediglich 0,06 Prozent des BIP (Europäische Kommission 2026). Wie Abbildung 5 zeigt, bleibt die Risikokapitalfinanzierung damit nicht nur auf einem niedrigen Niveau, sondern liegt weiterhin deutlich hinter den Vereinigten Staaten und China zurück. Zwar deuten neuere Marktdaten auf eine höhere *Venture-Capital*-Aktivität im Jahr 2025 hin. Nach Schätzungen von PitchBook (2025) dürfte das Investitionsvolumen auf rund 66 Milliarden Euro gestiegen sein und damit etwa 6,5 Prozent über dem Vorjahreswert liegen. Gleichzeitig vereinten Unternehmen aus dem Bereich Künstliche Intelligenz mit 39,1 Prozent einen Rekordanteil des aufgenommenen Kapitals auf sich. Die bislang verfügbaren Befunde sprechen damit eher für eine durch den KI-Boom getriebene Belebung einzelner Marktsegmente als für eine bereits breit angelegte Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für innovative Wachstumsunternehmen in Europa.

Abbildung 5: Venture-Capital-Investitionen* im internationalen Vergleich, 2024

Region	VC-Investitionen
EU	0,06
China	~0,24
USA	~0,60

*Venture-Capital-Investitionen in Prozent des BIP
Quelle: Europäische Kommission (2026b)

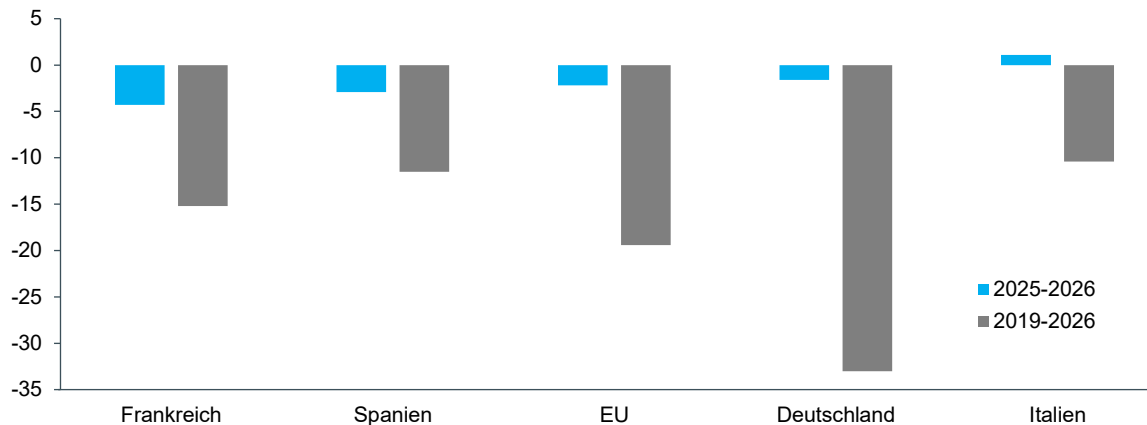


Insgesamt zeigen die Innovationsressourcen bislang eher Kontinuität als Aufbruch. Die Forschungsbasis bleibt stabil, während Herausforderungen bei Fachkräften und Innovationsfinanzierung fortbestehen. Trotz teils noch begrenzter Datenverfügbarkeit lassen sich knapp zwei Jahre nach Veröffentlichung des Draghi-Berichts bislang keine Hinweise auf einen breiten Innovationsschub erkennen.

Gemischtes Bild bei Innovationsleistung und Skalierung

Die Innovationsressourcen bilden die Grundlage für Innovation. Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch, ob sich diese auch in messbaren Ergebnissen niederschlagen. Im Folgenden wird daher untersucht, ob Europa seit Veröffentlichung des Draghi-Berichts Fortschritte bei Innovationsoutput, Unternehmensskalierung und Technologieanwendung erzielt hat.

Ein erster Blick auf den Innovationsoutput liefert bislang keine Hinweise auf eine Beschleunigung. Die Europäische Kommission misst diesen unter anderem über die Dimension der sogenannten *Intellectual Assets*, die internationale Patentanmeldungen (PCT), Markenmeldungen und Designanmeldungen umfasst. Im *European Innovation Scoreboard 2026* verschlechterte sich die europäische Performance in dieser Dimension gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozentpunkte, wobei elf Mitgliedstaaten Verbesserungen verzeichneten. Im längerfristigen Vergleich sank die Performance der EU gegenüber 2019 sogar um 19,4 Prozentpunkte. Auch in den vier großen Mitgliedstaaten zeichnet sich aktuell keine Verbesserung ab: Die Performance bei den *Intellectual Assets* ging gegenüber dem Vorjahr in Frankreich um 4,3, in Spanien um 2,9 und in Deutschland um 1,6 Prozentpunkte zurück; lediglich Italien verzeichnete einen leichten Anstieg um 1,1 Prozentpunkte.

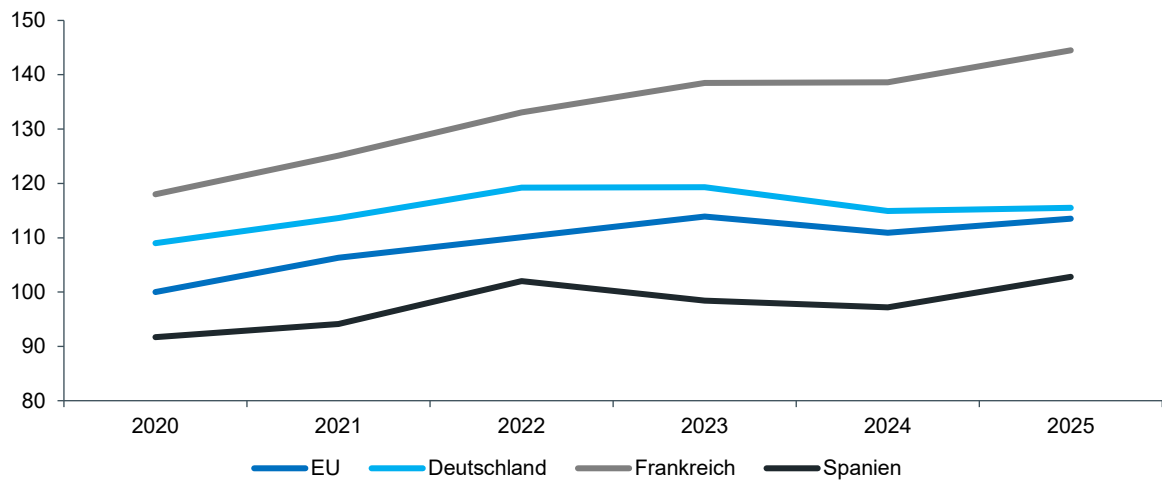
Abbildung 6: Entwicklung der Dimension „Intellectual Assets“* in der EU und den vier großen Mitgliedstaaten

*Veränderung gegenüber 2025 und gegenüber 2019 in Prozentpunkten

Quelle: Europäische Kommission (2026e)



Über die reine Wissensgenerierung hinaus stellt sich die Frage, ob Innovationen erfolgreich in wirtschaftliche Wertschöpfung und Skalierung übersetzt werden. Der *European Startup and Scaleup Index (SSI)* der Europäischen Kommission, der die Leistungsfähigkeit der europäischen Start-up- und Scale-up-Ökosysteme anhand von 36 Indikatoren aus den Bereichen Gründung, Wachstum, Finanzierung und innovationsbezogenen Rahmenbedingungen misst, ermöglicht hierzu eine übergreifende Einordnung. Der SSI stieg für die EU von 110,9 Punkten im Jahr 2024 auf 113,5 Punkte im Jahr 2025. Damit verbesserte sich die europäische Gesamtpformance zwar leicht, ein grundlegender Beschleunigungsschub lässt sich daraus jedoch nicht ableiten. Bereits 2023 hatte der Index mit 113,9 Punkten auf einem ähnlichen Niveau gelegen. Auch zwischen den großen Mitgliedstaaten zeigen sich Unterschiede. Frankreich zählt inzwischen zur Gruppe der europäischen *Front Runner* und konnte seinen SSI-Wert gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Punkte steigern. Deutschland gehört weiterhin zu den *High-Performing Countries*, verzeichnete zuletzt jedoch lediglich einen Zuwachs von 0,6 Punkten. Spanien (+ 5,6 Punkte) und Italien (+ 4,4 Punkte) verbesserten sich innerhalb der Gruppe der *Catching-up Countries* spürbar und konnten gegenüber dem Vorjahr aufholen. Insgesamt deuten die Daten zuletzt eher auf graduelle Fortschritte einzelner Mitgliedstaaten als auf eine grundlegende Veränderung der europäischen Start-up- und Scale-up-Dynamik hin.

Abbildung 7: Entwicklung des European Startup and Scaleup Index* in der EU und ausgewählten Mitgliedstaaten

*Indexwert, EU-Durchschnitt 2020 = 100

Anmerkung: Der SSI basiert auf 36 Indikatoren zu Start-ups, Scale-ups und Finanzierung. Alle Werte sind auf die durchschnittliche EU-Performance im Jahr 2020 (=100) indexiert. Werte über 100 weisen auf eine höhere Performance gegenüber dem Referenzwert hin.

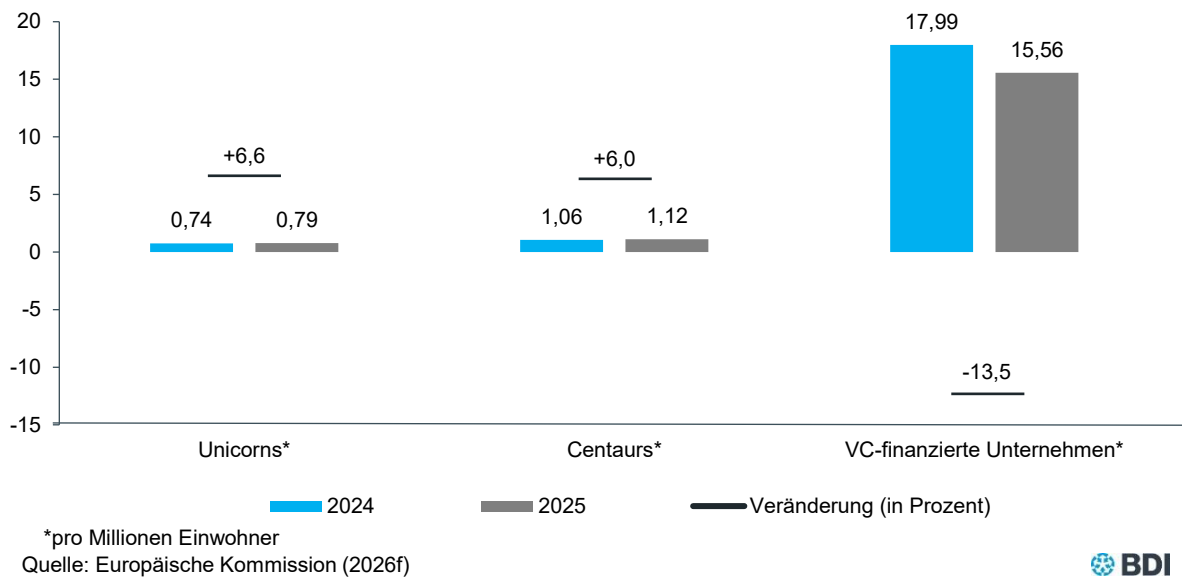
Quelle: Europäische Kommission (2026f)



Die aggregierten Indexwerte verdecken jedoch unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der europäischen Start-up- und Scale-up-Ökosysteme. So nahm die Zahl der Unicorns, also nicht börsennotierter Unternehmen mit einer Bewertung von mehr als einer Milliarde US-Dollar, im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr um rund sieben Prozent zu. Auch die Zahl der Centaurs, also privater Unternehmen mit einer Bewertung von mindestens 100 Millionen Euro, erhöhte sich um rund sechs Prozent (Europäische Kommission 2026f). Die Entwicklung der Unicorn- und Centaur-Zahlen deutet damit auf eine positive Dynamik im oberen Segment des europäischen Start-up- und Scale-up-Ökosystems hin. Die zugrunde liegenden Kennzahlen erfassen jedoch Unternehmensbewertungen und können daher neben operativen Skalierungserfolgen auch von Veränderungen der Finanzierungsbedingungen und Bewertungsniveaus beeinflusst werden.

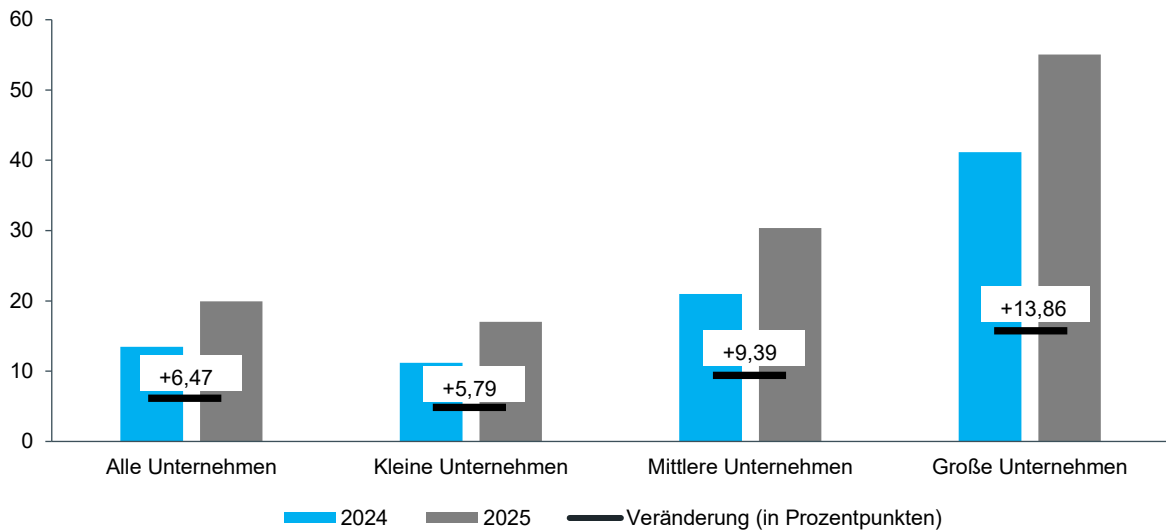
Der internationale Abstand bleibt dabei erheblich: In den USA entfielen 2025 rund 5,2 Unicorns und 3,2 Centaurs je Million Einwohner, gegenüber 0,8 beziehungsweise 1,1 in der EU (Europäische Kommission 2026f). Die verfügbaren Daten sprechen damit erneut eher für Fortschritte in einzelnen Wachstumssegmenten als für eine tiefgreifende Verbesserung der europäischen Wettbewerbsposition bei der Skalierung innovativer Unternehmen.

Die Entwicklung breiterer Ökosystemindikatoren zeichnet bislang kein eindeutiges Bild. So sank die Zahl der risikokapitalfinanzierten Unternehmen je Million Einwohner gegenüber dem Vorjahr um rund 14 Prozent (Europäische Kommission 2026f). Dies deutet darauf hin, dass sich die vorab beschriebenen positiven Entwicklungen bislang auf einen begrenzten Teil des Ökosystems konzentrieren könnten. Eine mögliche Erklärung liegt in der zuletzt starken Fokussierung von Risikokapital auf wenige, besonders kapitalintensive Technologiebereiche wie KI.

Abbildung 8: Ausgewählte Indikatoren zur Skalierung innovativer Unternehmen in der EU, 2024 / 2025

Für gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritte reicht es jedoch nicht aus, dass einzelne innovative Unternehmen erfolgreich wachsen. Entscheidend ist auch, ob neue Technologien in der Breite der Wirtschaft angewendet und in betriebliche Abläufe integriert werden. Bei der Nutzung zentraler digitaler Technologien zeigen sich am aktuellen Rand deutliche Fortschritte. So stieg zum Beispiel der Anteil der EU-Unternehmen, die KI einsetzen, von 13,5 Prozent im Jahr 2024 auf 20 Prozent im Jahr 2025 (Eurostat 2025b). Auch die Nutzung von Cloud-Diensten und Datenanalysen nahm zu. Die entsprechenden Anteile erreichten im Jahr 2025 46,7 bzw. 39,9 Prozent, nach 38,9 bzw. 33,2 Prozent im Jahr 2023. Trotz des zuletzt beschleunigten Einsatzes bestimmter digitaler Technologien ist die EU nicht auf Kurs, die Ziele der Digitalen Dekade zu erreichen, wonach bis 2030 jeweils 75 Prozent der Unternehmen Cloud-Dienste, Datenanalysen und KI nutzen sollen. Zudem schreitet die Anwendung dieser Technologien nach Einschätzung der Europäischen Kommission in konkurrierenden Volkswirtschaften schneller voran (Europäische Kommission 2026b).

Die Diffusion digitaler Technologien bleibt jedoch innerhalb der europäischen Unternehmenslandschaft ungleich. Besonders deutlich zeigt sich dies bei KI. Zwar nahm die Nutzung zwischen 2024 und 2025 in allen Unternehmensgrößenklassen deutlich zu. Bei kleinen Unternehmen stieg der Anteil von 11,2 auf 17 Prozent, bei mittleren Unternehmen von 21 auf 30,4 Prozent und bei großen Unternehmen von 41,2 auf 55 Prozent. Damit fiel der Zuwachs bei großen und mittleren Unternehmen stärker aus als bei kleinen Unternehmen; zugleich weitete sich der Abstand zwischen großen und kleinen Unternehmen von rund 30 auf 38 Prozentpunkte aus (Eurostat 2025b). Auch bei Cloud-Diensten beträgt der Abstand zwischen großen Unternehmen und KMU weiterhin 36 Prozentpunkte (Europäische Kommission 2026g).

Abbildung 9: Nutzung von KI-Technologien in EU-Unternehmen nach Unternehmensgröße, 2024 / 2025

*Anteil der Unternehmen in Prozent

Anmerkung: Die Erhebung umfasst Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten. Kleine Unternehmen beschäftigen 10 bis 49, mittlere Unternehmen 50 bis 249 und große Unternehmen mindestens 250 Personen.

Quelle: Eurostat (2025b)



Die Hürden für eine breitere Diffusion liegen weniger in der grundsätzlichen Verfügbarkeit der Technologien als in den Voraussetzungen für ihre betriebliche Einführung und Nutzung. Von den Unternehmen, die den Einsatz von KI erwogen, aber nicht umgesetzt hatten, nannten 71 Prozent fehlendes Fachwissen, 53 Prozent unklare rechtliche Folgen und 49 Prozent Datenschutzbedenken. Weitere Hemmnisse waren eine unzureichende Verfügbarkeit oder Qualität der benötigten Daten sowie die mangelnde Kompatibilität mit bestehenden Systemen (Eurostat 2025b). Die Europäische Kommission verweist darüber hinaus auf begrenzte organisatorische Kapazitäten und eine unzureichende Anpassung von Geschäftsprozessen und Managementpraktiken. Dadurch bleiben erhebliche Produktivitätspotenziale ungenutzt. Das Erreichen der europäischen Digitalisierungsziele könnte nach einer von der Kommission angeführten Schätzung wirtschaftliche Zugewinne in Höhe von bis zu 1,8 Prozent des BIP ermöglichen (Europäische Kommission 2026b, g).

Die beschriebenen Hemmnisse relativieren somit die zuletzt erzielten Fortschritte bei der Nutzung digitaler Technologien. Der vertiefte Blick auf KI sowie die von der Kommission festgestellten Unterschiede bei der Cloud-Nutzung zeigen, dass die Diffusion zwischen den Unternehmensgrößen weiterhin ungleich verläuft und die betriebliche Integration durch fachliche, organisatorische und rechtliche Hürden begrenzt wird.

Zwischenfazit: Kein breiter Innovationsschub erkennbar

Knapp zwei Jahre nach Veröffentlichung des Draghi-Berichts zeigen sich entlang der europäischen Innovationskette in Teilbereichen erste Fortschritte, ein breiter Innovationsschub ist bislang jedoch nicht erkennbar. Die Forschungsbasis bleibt stabil, wurde aber noch nicht erkennbar gestärkt: Die FuE-Intensität stagniert, und die jüngsten verfügbaren Daten zu den FuE-Ausgaben großer Unternehmen zeigen für die EU weiterhin ein schwächeres Bild als für die USA und China. Auch bei Fachkräften sowie Risiko- und Wachstumskapital bestehen zentrale Herausforderungen fort. Die Indikatoren für Patente, Marken und Designs zeigen am aktuellen Rand ebenfalls keine Beschleunigung. Bei der Kommerzialisierung und Skalierung geht es in ausgewählten Bereichen voran, vor allem bei KI und

Verteidigung. Der europäische Start-up- und Scale-up-Index verbesserte sich zuletzt leicht, und die Zahl hoch bewerteter Wachstumsunternehmen nahm zu. Der Rückgang der Zahl risikokapitalfinanzierter Unternehmen und der erhebliche Abstand zu den USA sprechen jedoch gegen eine bereits breit angelegte Verbesserung der europäischen Skalierungsdynamik.

Die deutlichsten Fortschritte zeigen sich bislang bei der Anwendung digitaler Technologien. Insbesondere die Nutzung von KI hat sich seit 2024 beschleunigt; auch Cloud-Dienste und Datenanalysen werden breiter eingesetzt. Die Diffusion verläuft jedoch weiterhin ungleich, insbesondere zwischen großen und kleinen Unternehmen. Unternehmensbefragungen und Analysen der Europäischen Kommission verweisen dabei auf unzureichendes Fachwissen sowie organisatorische, datenbezogene und rechtliche Hürden bei der betrieblichen Einführung und Nutzung digitaler Technologien. Damit zeigen sich die deutlichsten Fortschritte bislang am Ende der Innovationskette, während die vorgelagerten Herausforderungen bei Forschung, Finanzierung und Skalierung weitgehend fortbestehen. Hinzu kommt, dass die zunehmende Nutzung digitaler Technologien vielfach auf außereuropäischen Plattformen und Anwendungen beruhen dürfte und daher nicht automatisch mit einer Stärkung der europäischen Technologieanbieter einhergeht.

Investitionsentwicklung seit dem Draghi-Bericht

Der Investitionsbedarf bleibt hoch

Eine zentrale Aussage des Draghi-Berichts ist, dass Europa seine Investitionstätigkeit deutlich ausweiten muss, um die digitale Transformation, die Dekarbonisierung, die wirtschaftliche Resilienz und die Verteidigungsfähigkeit zu sichern. Draghi bezifferte den zusätzlichen jährlichen Investitionsbedarf im Jahr 2024 auf rund 750 bis 800 Milliarden Euro. Inzwischen fallen die Schätzungen deutlich höher aus. Auf Grundlage einer Analyse der Europäischen Zentralbank (2025b), die insbesondere die nach den NATO-Beschlüssen gestiegenen Verteidigungsanforderungen berücksichtigt, wird der zusätzliche strategische Ausgabenbedarf für den Zeitraum 2025 bis 2031 inzwischen auf knapp 1,2 Billionen Euro pro Jahr geschätzt.

Der größte Teil dieses Bedarfs entfällt weiterhin auf die grüne Transformation. Hinzu kommen erhebliche Mittel für Digitalisierung, digitale Infrastruktur sowie Verteidigung und Sicherheit. Allerdings erhöht nicht jeder Euro zusätzlicher Ausgaben automatisch den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock. Insbesondere im Verteidigungsbereich entfällt ein erheblicher Teil der Mittel auf Personal-, Betriebs- und Unterhaltskosten. Daher ist der von der EZB ausgewiesene strategische Ausgabenbedarf nicht mit dem Investitionsbedarf im engeren volkswirtschaftlichen Sinn gleichzusetzen.

In einer überschlägigen Berechnung im BDI-Wachstumsausblick 2025 haben wir deshalb versucht, den investiven Anteil der zusätzlichen Ausgaben näherungsweise abzuschätzen. Unter der Annahme, dass nur ein Teil der zusätzlichen Verteidigungsausgaben als Bruttoanlageinvestitionen wirkt, ergibt sich ein zusätzlicher Investitionsbedarf in einer Größenordnung von rund einer Billion Euro pro Jahr. Je nach Annahmen über den tatsächlichen Investitionsanteil und die Verteilung zwischen öffentlichen und privaten Investitionen ergibt sich ein Korridor von etwa 0,8 bis 1,2 Billionen Euro beziehungsweise rund fünf bis acht Prozent des EU-BIP. Die Schätzung ist bewusst indikativ und soll weniger eine punktgenaue Quantifizierung als vielmehr die Größenordnung der Herausforderung verdeutlichen.

Abbildung 10: Indikativer zusätzlicher Investitionsbedarf in der EU pro Jahr

	Öffentlich	Privat	Gesamt
In % des EU-BIP	1,5-2,2	3,7-5,4	5,2-7,6
In Mrd. Euro	224-336	552-828	776-1164

Quellen: eigene Berechnungen, EZB



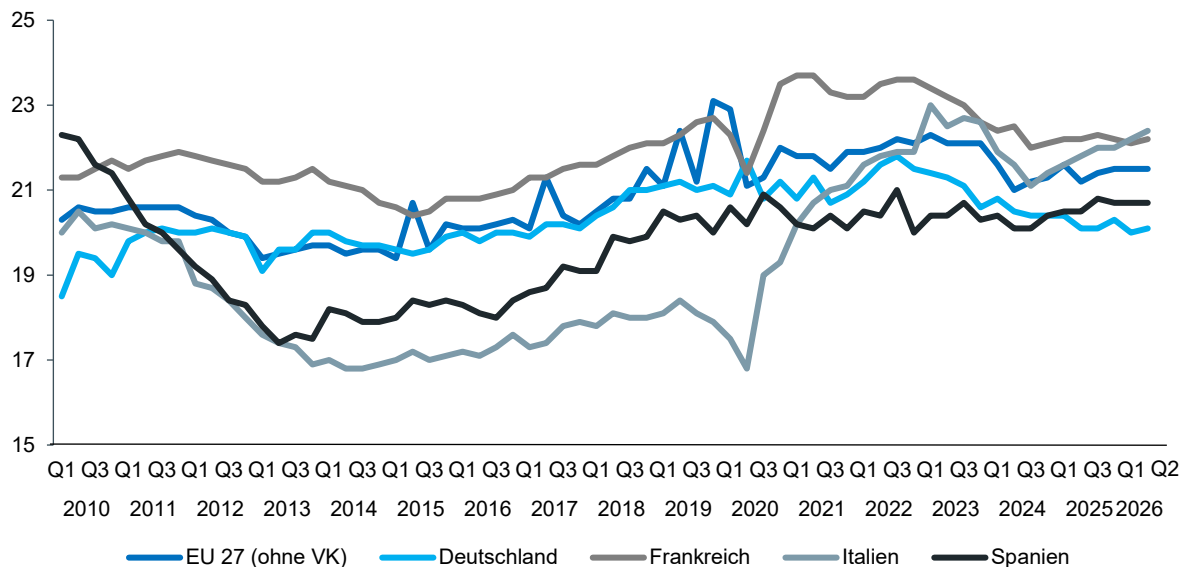
Unabhängig von der genauen Abgrenzung macht die Schätzung deutlich, dass der Investitionsbedarf Europas weiterhin enorm ist. Der überwiegende Teil müsste durch private Investitionen finanziert werden; zugleich bleibt auch die öffentliche Finanzierungslücke erheblich. Knapp zwei Jahre nach dem Draghi-Bericht ist der geschätzte Finanzierungsbedarf damit eher größer als kleiner geworden. Für die Bewertung der Wettbewerbsfähigkeitsagenda ist nun entscheidend, ob sich dieser Bedarf bereits in einer höheren öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit niederschlägt.

Kein breiter Investitionshochlauf erkennbar

Ein erster Blick auf die Bruttoanlageinvestitionen liefert bislang keine Hinweise auf einen breit angelegten Investitionshochlauf in Europa. Gemessen am Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP lag die Investitionsquote der EU Anfang 2026 mit 21,5 Prozent nahezu auf dem Niveau zu Beginn des Jahres 2024. Dies schließt allerdings nicht aus, dass die Investitionstätigkeit in absoluten Werten zunimmt. So erwartet die Europäische Kommission (2026a) für das Jahr 2026 ein reales Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen von 2,2 Prozent bei einem realen BIP-Wachstum von 1,1 Prozent. Dies spricht grundsätzlich für eine leichte Verbesserung der Investitionsquote im weiteren Jahresverlauf. Gleichzeitig bleibt die erwartete Dynamik deutlich hinter den Größenordnungen zurück, die zur Schließung der von Draghi identifizierten Investitionslücke erforderlich wären. Auch jüngste Analysen der Deutschen Bank (2026) verweisen zwar auf erste Anzeichen eines entstehenden Investitionszyklus im Euroraum, etwa bei Kreditnachfrage, Unternehmensfinanzierung und Auftragseingängen, sehen bislang jedoch vor allem bei Frühindikatoren eine Belebung. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote liefert dabei zunächst nur einen Überblick. Für Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sind insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung relevant.

Auf Mitgliedstaatenbene weist Deutschland mit rund 20 Prozent des BIP inzwischen die niedrigste Investitionsquote unter den vier großen Volkswirtschaften auf. Zu Beginn des Jahres 2026 lag die Quote sogar leicht unter dem Niveau von Anfang 2024. Dies ist insofern bemerkenswert, als Deutschland mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz sowie steigenden Verteidigungsinvestitionen inzwischen erhebliche zusätzliche Investitionsmittel mobilisiert hat. Frankreich investiert mit gut 22 Prozent des BIP auf einem spürbar höheren Niveau, erreicht aber nicht mehr die Werte von über 23 Prozent, die insbesondere zwischen 2021 und 2023 verzeichnet wurden. Italien zeigt die auffälligste Veränderung: Die Investitionsquote stieg von rund 17 bis 18 Prozent des BIP vor der Pandemie auf inzwischen rund 22 Prozent und liegt damit auf einem ähnlichen Niveau wie Frankreich. Hier dürften auch Investitionen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität eine wichtige Rolle gespielt haben. Spanien bewegt sich seit längerem in einem Korridor von rund 20 bis 21 Prozent des BIP und verzeichnete zuletzt leichte Zuwächse, ohne dass sich daraus bereits ein deutlicher Investitionsschub ableiten ließe.

Quartalweise Veränderung* der Bruttoanlageinvestitionen in ausgewählten EU-Ländern



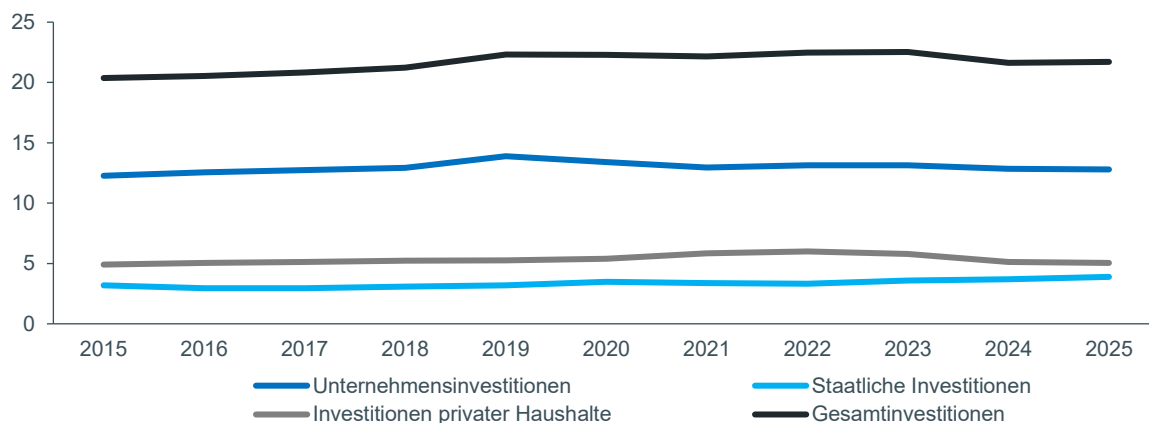
Quelle: Macrobond



Ein Blick auf die Investitionen nach institutionellen Sektoren zeigt, dass vor allem die öffentlichen Investitionen in den vergangenen Jahren zugenommen haben. Ihr Anteil am BIP stieg von knapp drei Prozent Mitte der 2010er Jahre auf knapp 3,9 Prozent im Jahr 2025. Die privaten Investitionen entwickelten sich dagegen deutlich verhaltener. Die Unternehmensinvestitionen lagen 2025 bei 12,8 Prozent des BIP und bewegten sich seit mehreren Jahren weitgehend seitwärts. Die Haushaltsinvestitionen beliefen sich auf 5,1 Prozent des BIP und haben sich nach dem Anstieg zu Beginn der 2020er Jahre zuletzt wieder abgeschwächt.

Der Anstieg der Gesamtinvestitionsquote wird damit vor allem von höheren öffentlichen Investitionen getragen. Bei den Unternehmensinvestitionen, die für die Mobilisierung des von Draghi identifizierten zusätzlichen Investitionsbedarfs eine zentrale Rolle spielen, zeigt sich bislang keine vergleichbare Dynamik.

Investitionsanteil* nach institutionellen Sektoren in der EU



*in Prozent des BIP

Quelle: Macrobond

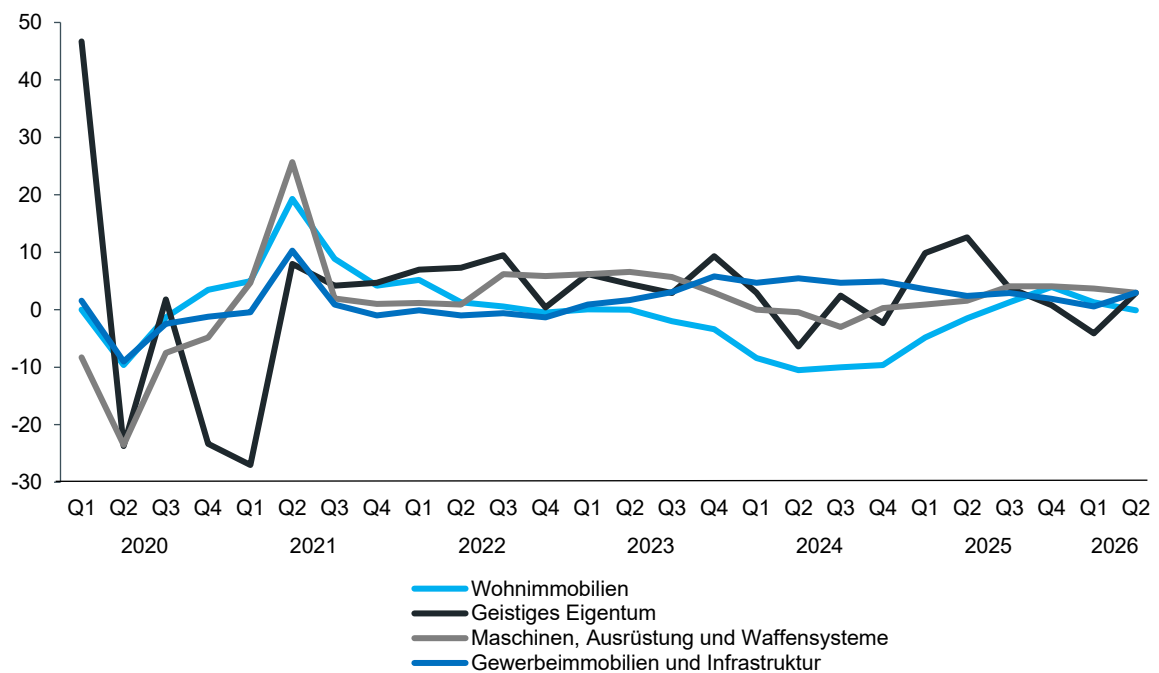


Punktuelle Fortschritte bei produktiven Investitionen

Neben der sektoralen Betrachtung liefert auch die Zusammensetzung der Bruttoanlageinvestitionen nach Vermögensarten wichtige Hinweise auf die Qualität und Produktivität von Investitionen. Produktivitätsfortschritte entstehen vor allem dann, wenn Investitionen zur Modernisierung und Erweiterung des produktiven Kapitalstocks beitragen. Moderne Maschinen, Ausrüstungen, Software und geistiges Eigentum ermöglichen die breitere Anwendung neuer Technologien und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zu Produktivitätswachstum und Wettbewerbsfähigkeit (Deutsche Bank 2026b).

Die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen nach Vermögensarten zeigt seit dem Draghi-Bericht keine einheitliche Dynamik. Während die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2024 zunächst weitgehend stagnierten oder zurückgingen, erhöhte sich ihre Wachstumsrate im Verlauf des Jahres 2025 und lag Anfang 2026 bei rund vier Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau. Die Investitionen in geistiges Eigentum entwickelten sich dagegen 2025 zunächst außerordentlich dynamisch und verzeichneten zeitweise zweistellige Wachstumsraten. Diese Dynamik schwächte sich jedoch im weiteren Verlauf sichtbar ab; Anfang 2026 lagen die Investitionen in geistiges Eigentum erstmals wieder unter dem Vorjahresniveau. Während die Investitionen in sonstige Bauten und Infrastruktur über weite Teile des Zeitraums moderat zulegten, erholten sich die zuvor stark rückläufigen Wohnungsbauinvestitionen erst im Verlauf des Jahres 2025.

Quartalsweise Veränderung* der Bruttoanlageinvestitionen nach Vermögensart in der EU im Jahresvergleich



Die Entwicklung der Investitionen nach Vermögensarten deutet darauf hin, dass produktivitätsrelevante Investitionen zeitweise an Dynamik gewonnen haben. Besonders auffällig war der kräftige Anstieg der Investitionen in geistiges Eigentum im Jahr 2025. Zu dieser Vermögensart zählen unter anderem Software, Datenbanken sowie Forschungs- und Entwicklungsleistungen. Die zuletzt schwächere Entwicklung sollte angesichts des kurzen Beobachtungszeitraums jedoch vorsichtig interpretiert werden. Ob es sich um normale Schwankungen oder eine dauerhafte Trendänderung handelt, lässt

sich derzeit nicht beurteilen. Gleichzeitig haben die Ausrüstungsinvestitionen seit 2025 an Dynamik gewonnen, was auf eine stärkere Erneuerung des physischen Kapitalstocks hindeuten könnte.

Der internationale Vergleich deutet jedoch darauf hin, dass sich die Zusammensetzung der Investitionen in einigen Wettbewerbsländern bereits stärker in Richtung technologie- und innovationsintensiver Vermögensarten verschoben hat. Das McKinsey Global Institute verweist darauf, dass sich die Investitionsstruktur in den USA zuletzt zunehmend in Richtung Software, Forschung und Entwicklung sowie Rechenzentren verschoben hat. So stiegen die Investitionen in Rechenzentren dort seit dem Start von ChatGPT Ende 2022 um rund 200 Prozent, während technologiebezogene Investitionen insgesamt um rund 50 Prozent zunahmen (McKinsey Global Institute 2026). Die europäischen Daten liefern bislang keine Hinweise auf eine vergleichbare Dynamik.

Insgesamt ergibt sich damit ein differenziertes Bild: Einzelne produktivitätsrelevante Vermögensarten entwickelten sich zuletzt dynamischer, ohne dass bislang von einer breiten und nachhaltigen Veränderung der Investitionsstruktur ausgegangen werden kann.

Zwischenfazit: Einzelne Fortschritte ohne Investitionsschub

Knapp zwei Jahre nach Veröffentlichung des Draghi-Berichts lassen die verfügbaren Daten bislang keinen breit angelegten Investitionshochlauf erkennen. Dies gilt, obwohl zahlreiche Mitgliedstaaten ihre Investitionen in die Verteidigung und im Falle Deutschlands auch in die Infrastruktur deutlich ausgeweitet haben. Folgerichtig beruht der bisherige Anstieg der Investitionstätigkeit vor allem auf öffentlichen Investitionen, während bei den Unternehmensinvestitionen bislang keine vergleichbare Dynamik erkennbar ist.

Bei der Zusammensetzung der Investitionen zeigen sich zwar einzelne positive Entwicklungen. So legten die Investitionen in geistiges Eigentum 2025 zeitweise kräftig zu, während zuletzt auch die Ausrüstungsinvestitionen leicht anstiegen. Eine nachhaltige Verschiebung der Investitionsstruktur in Richtung produktivitäts- und innovationsintensiver Vermögensarten ist bislang jedoch nicht erkennbar. Im internationalen Vergleich bleibt die Dynamik zudem bei technologiebezogenen Investitionen hinter führenden Wettbewerbern zurück.

Gemessen am weiterhin hohen Investitionsbedarf Europas bleibt die Lücke zwischen den identifizierten Investitionserfordernissen und der tatsächlichen Investitionstätigkeit erheblich.

Politische Umsetzung auf EU- und Mitgliedstaatenebene

Die bisherigen Kapitel zeigen, dass sich knapp zwei Jahre nach Veröffentlichung des Draghi-Berichts weder bei Produktivität noch bei Innovation und Investitionen eine breite Trendwende erkennen lässt. Gleichzeitig wurde die europäische Wettbewerbsfähigkeitsagenda mit zahlreichen Initiativen auf EU- und Mitgliedstaatenebene vorangetrieben. Für die Einordnung des bisherigen Befunds lohnt daher ein Blick auf die politischen Maßnahmen, die seit dem Draghi-Bericht angestoßen wurden. Die folgenden Abschnitte untersuchen, inwieweit diese Maßnahmen die zuvor identifizierten Herausforderungen bei Innovation und Investitionen adressieren und wie der bislang begrenzte Fortschritt bei den verfügbaren Indikatoren vor diesem Hintergrund einzuordnen ist.

Neue Impulse für Innovation und Skalierung auf EU-Ebene

Auf EU-Ebene wurden seit dem Draghi-Bericht mehrere Maßnahmen angestoßen, die auf die Stärkung des europäischen Innovationsökosystems abzielen. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere die

Skalierung innovativer Unternehmen, die Mobilisierung von Wachstumskapital sowie die Entwicklung und Verbreitung neuer Technologien.

Ein erster Schwerpunkt liegt auf besseren Wachstums- und Skalierungsbedingungen für innovative Unternehmen. Einen wichtigen politischen Rahmen bildet die *Startup and Scaleup Strategy* von 2025. Sie bündelt Vorhaben in den Bereichen Regulierung, Technologietransfer und Marktexpansion, Talentgewinnung sowie Zugang zu Forschungs- und Technologieinfrastrukturen. Dazu gehören unter anderem der vorgeschlagene optionale EU-weite gesellschaftsrechtliche Rahmen „EU Inc.“, die *Lab-to-Unicorn*-Initiative und Maßnahmen für eine innovationsfreundlichere öffentliche Beschaffung. Viele dieser Vorhaben befinden sich noch in der Umsetzung. Zudem können sie die fortbestehende Fragmentierung des Binnenmarkts nur teilweise adressieren. Ob und wann sich die Bedingungen für die grenzüberschreitende Skalierung dadurch spürbar verbessern, ist somit noch offen.

Auch die Finanzierung von Innovation und Unternehmenswachstum ist stärker in den Mittelpunkt gerückt. Der im August 2026 errichtete *Scaleup Europe Fund* soll mit einem Zielvolumen von fünf Milliarden Euro die Finanzierung europäischer Technologieunternehmen in späteren Wachstumsphasen verbessern. Ergänzend sollen die *Savings and Investments Union* privates Kapital mobilisieren und der für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen vorgeschlagene *European Competitiveness Fund* die Förderung von Forschung, Skalierung und industrieller Anwendung stärker verzahnen. Damit wurden relevante Ansatzpunkte geschaffen. Ob sie angesichts der Größe der europäischen Finanzierungslücke ausreichen, bleibt jedoch offen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung und industriellen Anwendung strategischer Schlüsseltechnologien. Die EU hat hierzu bestehende Ansätze weiterentwickelt und neue Initiativen insbesondere für KI, Halbleiter, *Cloud*-Infrastrukturen und Quantentechnologien vorgelegt. Dazu gehören der Ausbau gemeinsamer Rechenkapazitäten durch *AI Factories* und geplante *AI Gigafactories*, die Weiterentwicklung des *Chips Act* sowie die *Quantum Europe Strategy*. Damit greift die EU mehrere Technologiefelder auf, denen auch der Draghi-Bericht hohe strategische Bedeutung beimisst. Viele Vorhaben befinden sich jedoch noch in der Planung oder frühen Umsetzung; zudem hängen Investitionen und industrielle Skalierung wesentlich von den Mitgliedstaaten und Unternehmen ab. Angesichts der hohen privaten Investitionen und des raschen technologischen Fortschritts insbesondere in den USA und China bestehen erhebliche Zweifel, ob Umfang und Umsetzungstempo der europäischen Initiativen ausreichen, um den Rückstand in zentralen Zukunftstechnologien zu verringern.

Insgesamt greifen die angestoßenen Maßnahmen wichtige Hemmnisse für Innovation und Unternehmenswachstum auf. Der bisherige Stand ist jedoch weiterhin stark durch Strategien, Vorschläge und im Aufbau befindliche Instrumente geprägt. Zudem können einzelne Initiativen die grundlegenden Schwächen bei Binnenmarktintegration, Finanzierung, Regulierung und Fachkräfteverfügbarkeit nicht allein überwinden. Eine spürbare Verringerung der Innovationslücke gegenüber den USA und China erscheint somit zunächst unwahrscheinlich und hängt sowohl von der konsequenten Umsetzung der Maßnahmen als auch von Fortschritten bei diesen Rahmenbedingungen ab.

Neue Ansätze zur Mobilisierung von Investitionen auf EU-Ebene

Seit dem Draghi-Bericht hat die EU mehrere Vorhaben zur Mobilisierung privater und öffentlicher Mittel auf den Weg gebracht. Im Mittelpunkt stehen die stärkere Nutzung europäischer Ersparnisse, die Ausrichtung des EU-Haushalts auf Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Koordinierung strategischer Investitionen.

Mit der *Savings and Investments Union* will die EU europäische Ersparnisse stärker über die Kapitalmärkte in produktive Investitionen lenken. Die Agenda umfasst unter anderem Anpassungen der Verbriefungsregeln, eine tiefere Marktintegration sowie Initiativen für Spar- und Altersvorsorgeprodukte. Während für diese Bereiche konkrete Vorschläge vorliegen, stockt es bei den politisch sensiblen Themen: Die Schritte zu einer gemeinsamen Aufsicht sowie zur Harmonisierung des Steuer- und Insolvenzrechts kommen nur langsam voran. Von einem echten, integrierten europäischen Kapitalmarkt ist die EU daher weiterhin weit entfernt.

Auch der EU-Haushalt soll stärker auf Wettbewerbsfähigkeit und strategische Investitionen ausgerichtet werden. Der Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 bis 2034 sieht hierzu eine deutliche Umschichtung zugunsten von Wettbewerbsfähigkeit, Forschung, Verteidigung und Infrastruktur vor. Mit dem *European Competitiveness Fund* sollen zudem bislang getrennte Programme unter einem gemeinsamen Regelwerk zusammengeführt, der Zugang zu Fördermitteln vereinfacht und Finanzierungsinstrumente besser kombiniert werden. Der Vorschlag setzt damit wichtige strukturelle Akzente, erweitert die gemeinsame europäische Finanzierung gemessen an der Investitionslücke jedoch nur begrenzt. Ferner befindet er sich noch in den Verhandlungen und würde frühestens ab 2028 wirksam.

Bei strategischen Großvorhaben setzt die EU weiterhin auf die *Important Projects of Common European Interest (IPCEI)*. So wurde mit *Tech4Cure* ein weiteres *IPCEI* im Gesundheitsbereich genehmigt; weitere Großvorhaben zu künstlicher Intelligenz für industrielle Anwendungen, fortgeschrittenen Halbleitern, *Next-Generation-Cloud*- und *Edge*-Infrastrukturen sowie zu zirkulären Materialien befinden sich in der Vorbereitung. Die Finanzierung erfolgt bislang jedoch überwiegend durch die beteiligten Mitgliedstaaten. Umfang und Umsetzung hängen damit stark von deren nationalen Haushaltsspielräumen ab. Insbesondere bei genehmigten Wasserstoff-*IPCEI*-Projekten bestehen erhebliche Umsetzungsprobleme, unter anderem bei der Bereitstellung nationaler Fördermittel und dem Erreichen endgültiger Investitionsentscheidungen (*Hydrogen Europe 2025*). Der im Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 vorgesehene *European Competitiveness Fund* könnte künftig einzelne Projekte innerhalb eines *IPCEI* aus EU-Mitteln kofinanzieren und damit die nationale Förderung sinnvoll ergänzen. Ob und in welchem Umfang dies geschieht, ist allerdings Gegenstand der laufenden MFR-Verhandlungen.

Insgesamt wurden die Ansätze zur Mobilisierung privaten Kapitals, zur Ausrichtung des EU-Haushalts und zur Finanzierung strategischer Vorhaben weiterentwickelt. Die zentralen Schritte zu integrierten Kapitalmärkten und einer stärkeren europäischen Finanzierung sind jedoch noch nicht beschlossen oder würden erst ab 2028 greifen. Zugleich hängt ein breiter privater Investitionshochlauf von besseren Standortbedingungen, weniger Marktfragmentierung und schnelleren Genehmigungsverfahren ab. Ein Investitionsimpuls in der erforderlichen Größenordnung ist durch EU-Maßnahmen daher bislang nicht absehbar.

Unterschiedliche Wege zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten

Die europäische Wettbewerbsfähigkeitsagenda stützt sich auf Maßnahmen der EU ebenso wie auf Reformen und Investitionen der Mitgliedstaaten. Während auf europäischer Ebene insbesondere neue Strategien, Finanzierungsinstrumente und regulatorische Initiativen angestoßen wurden, liegen wichtige Voraussetzungen für Innovation, Investitionen und Produktivitätswachstum weiterhin in nationaler Verantwortung. Dazu zählen etwa öffentliche Investitionen, die Ausgestaltung von Förder- und Steuersystemen, Genehmigungsverfahren sowie Teile der Bildungs-, Forschungs- und Fachkräftepolitik. Vor diesem Hintergrund lohnt ein ergänzender Blick auf Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien,

um einzuordnen, wie die vier größten Volkswirtschaften der EU die Wettbewerbsfähigkeitsagenda bislang auf nationaler Ebene in ausgewählten Bereichen aufgegriffen haben.

Deutschland hat seit dem Draghi-Bericht insbesondere die investitionspolitische Dimension der Wettbewerbsfähigkeitsagenda gestärkt. Einen wichtigen Schwerpunkt bilden das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie steigende Verteidigungsinvestitionen, die zusätzliche öffentliche Investitionen in Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastruktur sowie in die sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands ermöglichen sollen (Europäische Kommission 2026h, IWF 2026b). Ergänzt wird dies durch das 2025 beschlossene steuerliche Investitionssofortprogramm, das unter anderem degressive Abschreibungen für Ausrüstungsinvestitionen, zusätzliche Anreize für Elektromobilität, eine Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung sowie eine schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer ab 2028 vorsieht und damit gezielt private Investitionen und Innovationsaktivitäten stärken soll (BMF 2025). Im Innovationsbereich setzt die Bundesregierung zudem mit der High-tech-Agenda 2025, den *Start-up-Factories* sowie dem Ausbau öffentlicher Finanzierungsinstrumente für Start-ups und Scale-ups, darunter insbesondere der Wachstumsfonds, der Zukunftsfonds und der Deutschlandfonds, auf die Förderung von Schlüsseltechnologien, einen stärkeren Forschungstransfer und bessere Wachstumsbedingungen für innovative Unternehmen (Europäische Kommission 2026h; IWF 2026b). Der Schwerpunkt liegt damit auf einer Kombination aus öffentlichen Investitionen, steuerlichen Anreizen und innovationspolitischer Förderung. Gleichzeitig bleiben die Finanzierung und Skalierung junger Unternehmen, die Kommerzialisierung von Forschung sowie Defizite bei digitaler Infrastruktur und Verwaltungsdigitalisierung zentrale Herausforderungen (Europäische Kommission 2026h, OECD 2025a, IWF 2026b).

Frankreich verfolgt weiterhin einen technologie- und industriepolitisch geprägten Ansatz. Kernstück bleibt das Programm „*France 2030*“, unter dessen Dach Investitionen in strategische Zukunftstechnologien und innovative Industrien gebündelt werden. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die nationale Strategie für Künstliche Intelligenz (OECD 2026a, Europäische Kommission 2025c). Seit dem Draghi-Bericht wurde diese Ausrichtung mit dem 2025 vorgelegten Aktionsplan „*Osez l'IA*“ weiter konkretisiert. Er soll die betriebliche Anwendung von KI beschleunigen und verbindet Informations- und Beratungsangebote mit Qualifizierung sowie Unterstützung beim Zugang zu KI-Lösungen und deren Finanzierung (Europäische Kommission 2026d). Zugleich ist die Umsetzung von *France 2030* inzwischen weit fortgeschritten: Bis Januar 2026 waren von dem insgesamt vorgesehenen Programmvolumen von 54 Milliarden Euro bereits 44 Milliarden Euro für Projekte zugesagt. Allerdings verringerte der französische Haushalt 2026 die in diesem Jahr möglichen Auszahlungen aus dem Programm um 1,1 Milliarden Euro (Europäische Kommission 2026d). Bei der Finanzierung innovativer Unternehmen hat die *Tibi*-Initiative institutionelles Kapital mobilisiert. *Venture Capital* bleibt jedoch trotz seiner Dynamik insbesondere in späteren Wachstumsphasen und bei der Skalierung junger Unternehmen unzureichend (OECD 2026a, Europäische Kommission 2026d). Darüber hinaus verweisen OECD (2026a), IWF (2026c) und Europäische Kommission (2026d) weiterhin auf Schwächen bei privaten FuE-Ausgaben, der Diffusion neuer Technologien und der Übersetzung technologischer Stärken in breitere Produktivitätsfortschritte.

In Italien steht weiterhin die Umsetzung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans (PNRR) im Mittelpunkt der investitions- und reformpolitischen Agenda. Mit einem Volumen von 194,4 Milliarden Euro ist er der größte nationale Aufbauplan der EU. Er verbindet Investitionen in Digitalisierung, Energie- und Verkehrsinfrastruktur sowie Bildung und Qualifizierung mit Reformen der öffentlichen Verwaltung, des Justizsystems und des regulatorischen Rahmens (Europäische Kommission 2026h, OECD 2026b, IWF 2026d). Die Umsetzung beschleunigte sich 2025 und 2026, auch wenn es bei einzelnen Projekten zu Verzögerungen kam und weiterhin eine erhebliche Lücke bei der Verausgabung der verfügbaren

Mittel bestand (IWF 2026d). Trotz seines hohen Gesamtvolumens belief sich der durchschnittliche jährliche Förderimpuls des Aufbauplans nach OECD-Angaben bislang auf rund 0,5 Prozent des BIP (OECD 2026b). Einen besonderen Schwerpunkt bildet die digitale und grüne Transformation der Unternehmen. Das 2024 eingeführte Programm „*Transition 5.0*“ gewährte steuerliche Anreize für digitale Modernisierungsinvestitionen, die zugleich den Energieverbrauch senkten und zur Dekarbonisierung beitrugen. Mit dem Haushaltsgesetz 2026 wurde das Programm durch ein Hyperabschreibungsregime für förderfähige Anlageinvestitionen ersetzt (OECD 2026b, IWF 2026d). Ergänzend wurden die Vernetzung von Forschung und Unternehmen sowie der Technologietransfer gestärkt. Das Wettbewerbsgesetz 2025 sieht dazu unter anderem vor, alle drei Jahre eine nationale Strategie für Wissensverwertung und Technologietransfer zu verabschieden (Europäische Kommission 2026h, OECD 2026b). Insgesamt haben der PNRR und die flankierenden Programme die Investitions- und Reformdynamik in Italien gestärkt. Einer breiteren Produktivitätswirkung stehen jedoch weiterhin strukturelle Hemmnisse entgegen. Dazu zählen Schwierigkeiten beim Wachstum produktiver kleiner Unternehmen, niedrige private FuE-Ausgaben, ein schwach entwickelter *Venture-Capital*-Markt sowie Defizite bei digitalen Fähigkeiten und Managementkompetenzen (Europäische Kommission 2026h, OECD 2026b, IWF 2026d).

Spanien setzt seinen Aufbau- und Resilienzplan unter anderem über sektorale Transformations- und Digitalisierungsprogramme um. Eine zentrale Rolle spielen die strategischen Projekte für wirtschaftliche Erholung und Transformation (PERTE), mit denen EU-Mittel in strategische Bereiche wie erneuerbare Energietechnologien, Elektromobilität und Halbleiter gelenkt werden. Zur Digitalisierung von KMU, Kleinstunternehmen und Selbstständigen wurde insbesondere das „*Digital Toolkit Programme*“ eingesetzt (Europäische Kommission 2026c). Mit „*España Crece*“ hat Spanien 2026 zudem ein Finanzierungsprogramm auf den Weg gebracht, das den Investitionsimpuls des auslaufenden Aufbauplans verstetigen und zusätzliches privates Kapital für produktive Investitionen mobilisieren soll (Europäische Kommission 2026c, IWF 2026a). Die Maßnahmen haben insbesondere die öffentlichen Investitionen deutlich gestützt und zugleich Investitionsimpulse für die digitale und grüne Transformation gesetzt (Europäische Kommission 2026c, IWF 2026a). Die Umsetzung des Aufbauplans ist vorangeschritten, muss nach Einschätzung des IWF (2026a) jedoch weiter beschleunigt werden: Bis März 2026 waren 54 Prozent seiner Meilensteine und Ziele erfüllt. Zu den zu diesem Zeitpunkt noch ausstehenden und potenziell schwierig zu erfüllenden Meilensteinen zählte die seit Längerem erwartete Steuerreform. Nach Angaben des IWF beliefen sich die jährlichen Zuschüsse aus der Aufbau- und Resilienzfazilität in den Jahren 2024 bis 2026 auf 0,4 bis 0,8 Prozent des BIP. Darüber hinaus sah der Plan für den Zeitraum 2025 bis 2027 eine Darlehenskomponente von kumuliert rund 0,4 Prozent des BIP vor. Über die vollständige Umsetzung des Aufbauplans hinaus bleibt weiterer Reformbedarf bestehen: Komplexe Verfahren begrenzen die Inanspruchnahme der steuerlichen FuE-Förderung, während unterschiedliche regionale Vorschriften, zusätzliche regulatorische Anforderungen beim Überschreiten bestimmter Unternehmensgrößen und unzureichendes Wachstumskapital die Innovation und Skalierung junger Unternehmen erschweren (Europäische Kommission 2026c, OECD 2025b, IWF 2026a).

Insgesamt haben alle vier Mitgliedstaaten ihre innovations- und investitionspolitischen Aktivitäten seit dem Draghi-Bericht weiterentwickelt, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Deutschland setzt insbesondere auf öffentliche und steuerliche Investitionsimpulse, Frankreich auf Technologie- und Innovationsförderung, Italien auf die Umsetzung seines umfassenden Investitions- und Reformplans und Spanien auf sektorale Transformations- und Digitalisierungsprogramme. Viele Maßnahmen befinden sich dabei noch in der Umsetzung oder führen bereits bestehende Programme fort. Im folgenden Kapitel ordnen wir ihre Reichweite und die verbleibenden Lücken ein.

Die Umsetzung bleibt die größte Herausforderung

Die seit dem Draghi-Bericht angestoßenen Maßnahmen greifen die wesentlichen Herausforderungen in den Bereichen Innovation und Investitionen auf. Auf EU-Ebene wurden neue Ansätze für Wachstumskapital, strategische Technologien und gemeinsame Investitionen entwickelt. Die Mitgliedstaaten haben diese Agenda durch öffentliche Investitionen, steuerliche Anreize, Technologieprogramme und eine Reihe von Reformen ergänzt. Gemessen an den von Draghi beschriebenen Herausforderungen bleiben Reichweite und Umsetzung jedoch bislang begrenzt. Viele Instrumente befinden sich noch in der Planungsphase oder der frühen Umsetzung, knüpfen an ältere Programme an oder werden erst in einigen Jahren wirksam.

Besonders deutlich werden die Lücken bei der Mobilisierung privater Investitionen, der Finanzierung und Skalierung innovativer Unternehmen sowie der breiten Anwendung neuer Technologien. Hinzu kommen anhaltende Hemmnisse durch fragmentierte Märkte, komplexe Regulierung, langwierige Verfahren und Fachkräfteengpässe. Grundsätzlich adressiert die politische Agenda wichtige Ansatzpunkte, erreicht aber weder die erforderliche Größenordnung noch eine hinreichend breite und schnelle Umsetzung.

Gesamtbewertung und politische Schlussfolgerungen

Zwei Jahre nach dem Draghi-Bericht zeigen sich bei Innovation und Investitionen, den beiden Schwerpunkten dieser Zwischenbilanz, bislang nur punktuelle Fortschritte. Ein breiter Hochlauf, der das europäische Produktivitäts- und Wachstumspotenzial nachhaltig stärken könnte, ist noch nicht erkennbar. Dieser Befund fügt sich in das verhaltene Gesamtbild der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ein: So weisen im *Annual Single Market and Competitiveness Report 2026* lediglich sechs von 29 Schlüsselindikatoren eine klar positive Entwicklung auf; sechs verschlechtern sich, 15 bleiben weitgehend unverändert. Viele der zugrunde liegenden Daten reichen allerdings nur bis 2024 oder 2025 und können die Wirkung jüngerer Maßnahmen noch nicht vollständig erfassen. Die Zwischenbilanz ist daher kein abschließendes Wirkungsurteil. Sie zeigt jedoch, dass sich die politische Neuorientierung seit Draghi in den untersuchten Ergebnisindikatoren bislang nicht in einer breiten wirtschaftlichen Trendwende niederschlägt.

Im Innovationsbereich beschränken sich die Fortschritte bislang auf einzelne Teile der Innovationskette. Am deutlichsten ist die beschleunigte Anwendung digitaler Technologien: Der Anteil der EU-Unternehmen, die KI einsetzen, stieg von 13,5 Prozent im Jahr 2024 auf 20 Prozent im Jahr 2025; auch Cloud-Dienste und Datenanalysen werden breiter genutzt. Positive Ansätze zeigen sich zudem in einzelnen Segmenten des Start-up- und Scale-up-Ökosystems. Der europäische Start-up- und Scale-up-Index legte zuletzt leicht zu, ebenso die Zahl der Unicorns und Centaurs. Eine breitere Stärkung der Innovationsbasis ist daraus jedoch noch nicht entstanden. Die Forschungsintensität stagniert, die Unternehmens-FuE entwickelt sich schwächer als in den USA und China, und bei Innovationsfinanzierung, Kommerzialisierung und Skalierung bestehen wesentliche Lücken fort. Insgesamt hat sich die Innovationsdynamik damit punktuell verbessert, ohne dass bereits ein durchgängiger Fortschritt von der Wissensgenerierung bis zur breiten wirtschaftlichen Anwendung erkennbar wäre.

Bei den Investitionen fällt die Bilanz noch zurückhaltender aus. Zwar sind die öffentlichen Investitionen gestiegen, die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote der EU lag Anfang 2026 mit 21,5 Prozent des BIP jedoch nahezu auf dem Niveau von Anfang 2024. Insbesondere bei den Unternehmensinvestitionen ist bislang kein vergleichbarer Hochlauf erkennbar. Auch die zuletzt etwas stärkere Entwicklung

der Ausrüstungsinvestitionen und der zeitweise kräftige Anstieg der Investitionen in geistiges Eigentum haben sich noch nicht zu einer breiten und dauerhaften Veränderung der Investitionsstruktur verdichtet. Gemessen an dem von Draghi aufgezeigten Bedarf an zusätzlichen, überwiegend privat zu finanzierenden Investitionen bleibt die tatsächliche Investitionsdynamik damit deutlich hinter den Anforderungen zurück.

Die verhaltene Entwicklung lässt sich dabei nicht mit einem generellen Mangel an politischen Initiativen erklären. Seit 2024 haben die EU und die Mitgliedstaaten zahlreiche Maßnahmen angestoßen, die zentrale Hemmnisse für Innovation und Investitionen adressieren. Ein erheblicher Teil der potenziell wirkungsstarken Vorhaben befindet sich jedoch noch im Gesetzgebungsverfahren oder in einer frühen Umsetzungsphase. Andere Instrumente könnten frühestens mit dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen wirksam werden. Besonders bei den politisch schwierigen Strukturreformen, darunter die Vertiefung des Binnenmarkts und die Integration der Kapitalmärkte, stehen wesentliche Entscheidungen weiterhin aus. Die bislang verhaltene Entwicklung von Innovation und Investitionen ist daher nur teilweise dem kurzen Wirkungszeitraum geschuldet. Sie verweist zugleich auf eine substanzielle Umsetzungslücke und wirft die Frage auf, ob Reichweite, Geschwindigkeit und Ausgestaltung der bisherigen Maßnahmen ausreichen.

In der nächsten Phase der Wettbewerbsfähigkeitsagenda müssen die bereits angestoßenen Vorhaben zügig beschlossen beziehungsweise konsequent umgesetzt und die noch offenen strukturellen Reformen vorangebracht werden. Auf EU-Ebene müssen insbesondere der Binnenmarkt und die Kapitalmärkte vertieft, die Bedingungen für Wachstumskapital verbessert und die Mittel des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens stärker auf Wettbewerbsfähigkeit, Forschung, strategische Technologien und grenzüberschreitende Infrastrukturen konzentriert werden. Europäische Programme müssen einfacher zugänglich und besser mit nationalen Instrumenten verzahnt werden. Die Mitgliedstaaten müssen ihrerseits öffentliche Mittel zügig in produktive Investitionen überführen und verlässliche Bedingungen für private Investitionen schaffen. Dazu gehören schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, wettbewerbsfähige Energiekosten, weniger regulatorische Komplexität, leistungsfähige digitale Infrastrukturen und qualifizierte Fachkräfte. Entscheidend ist, dass daraus zusätzliche private Investitionen, eine bessere Kommerzialisierung und Skalierung von Innovationen sowie höhere Produktivitätszuwächse entstehen.

Quellen

BDI (2026a). Globaler Wachstumsausblick. Iran-Krieg dämpft globale Expansion. August. Berlin.

---(2026b). Iran-Krieg dämpft globale Expansion. August. Brüssel. Dezember. Berlin.

---(2025). Wachstumsausblick Europa. Investitionen in der Warteschleife.

de Guindos, L. (2024). Bridging the gap: reviving the euro area's productivity growth through innovation, investment and integration. Europäische Zentralbank. Oktober. Frankfurt am Main.

Deutsche Bank (2026). The good, the bad and the ugly. Economics Europe Blog. August. Frankfurt am Main.

---(2026b). Living off the past. Economics Germany Blog. August. Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (2026). Monthly Report – July 2026. Juli. Frankfurt am Main.

Draghi, M. (2024). The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe. September Brüssel.

Bundesministerium der Finanzen (2025). The growth booster is coming. Juli. Berlin.

Europäische Kommission (2026a). European Economic Forecast. Spring 2026. Mai. Brüssel.

---(2026b). Annual Single Market and Competitiveness Report 2026. Januar. Brüssel.

---(2026c). 2026 Country Report - Spain. Juni. Brüssel.

---(2026d). 2026 Country Report - France. Juni. Brüssel.

---(2026e). European Innovation Scoreboard 2026. Juli. Brüssel.

---(2026f). European Startup and Scaleup Scoreboard. August. Brüssel.

---(2026g). State of the Digital Decade 2026: Closing structural gaps and mobilising investments for 2030 and beyond. Juni. Brüssel.

---(2026h). 2026 Country Report - Germany. Juni. Brüssel.

---(2026h). 2026 Country Report - France. Juni. Brüssel.

---(2025a). The 2025 EU Industrial R&D Investment Scoreboard. Joint Research Centre. Sevilla.

---(2025b). Annual Single Market and Competitiveness Report 2025. Januar. Brüssel.

---(2025c). France - National Strategy for AI. Digital Skills and Jobs Platform. Brüssel.

Europäische Zentralbank (2025). Time to be strategic: how public money could power Europe's green, digital and defence transitions. Juli. Frankfurt am Main.

---(2025b). Time to be strategic: how public money could power Europe's green, digital and defence transitions. Juli. Frankfurt am Main.

Eurostat (2025a). EU spending on R&D exceeded €403 billion in 2024. Dezember. Luxemburg.

Eurostat (2025b). Use of artificial intelligence in enterprises. Dezember. Luxemburg.

IWF (2026a). Spain 2026 Article IV Consultation. Mai. Washington D.C.

---(2026b). Germany 2026 Article IV Consultation. Februar. Washington D.C.

---(2026c). France 2026 Article IV Consultation. Juli. Washington D.C.

---(2026d). Italy 2026 Article IV Consultation. Juli. Washington D.C.

---(2025). Spain's Productivity Gap Vis-à-Vis Europe and the United States: Diagnosis and Remedies. Mai. Washington D.C.

McKinsey Global Institute (2026). Catalyzing competitiveness. Where investment happens and why. Juni. Washington D.C.

OECD (2026a). OECD Economic Surveys: France 2026. Juni. Paris.

---(2026b). OECD Economic Surveys: Italy 2026. April. Paris.

---(2025a). OECD Economic Surveys: Germany 2025. Juni. Paris.

---(2025b). OECD Economic Surveys: Spain 2025. November. Paris.

PitchBook (2025). Hot or not: Where European VC funding grew in 2025. Dezember. Seattle.

Sachverständigenrat (2026). Frühjahrsgutachten 2026. Mai. Wiesbaden.

The Conference Board (2025). Total Economy Database Summary Tables & Charts. September. New York.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

Author

Frederik Lange
T: +49 30 2028 1591
k.deutsch@bdi.eu

Redaktion / Grafiken

Dr. Klaus Günter Deutsch
T: +49 30 2028 1591
k.deutsch@bdi.eu

Marta Gancarek
T: +49 30 2028 1588
m.gancarek@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D 2375